

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7487.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 6. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Das Milizsystem.

so wie es in der Schweiz durchgeführt ist, entspricht, wenn wir von einzelnen, nicht im Wesen der Organisation begründeten und also zu beseitigenden Mängeln absehen, so ziemlich genau der von der Sozialdemokratie geforderten allgemeinen Wehrhaftigkeit — der Erziehung des jetzigen Wehrsystems mit einem stehenden Heere durch ein demokratisches, alle Wehrfähigen des Landes umfassendes Volksheer. Das ist ein Heer, welches alle Wehrfähigen umfaßt, an sich stärker und für seine Zwecke geeigneter sein muß als ein Heer, das, wie das stehende, nur einen Theil derselben umfaßt, ist so selbstverständlich, daß es den Leser beleidigen hiesse, wollte man ihm dies erst lange beweisen. Daß zwei mehr ist als eins beweist man nicht. Und im Verhältnis von eins zu zwei steht ungefähr die Zahl der Wehrmänner, welche das deutsche Heersystem im Verhältnis zum schweizerischen liefert.

Des weiteren braucht es keines Beweises, daß ein Wehrsystem, welches keinen Unterschied macht zwischen Bürgern und Soldaten — weil jeder Bürger Soldat und jeder Soldat Bürger ist —, welches keinen Staatsbürger seinem Berufe entfremdet und keinen Staatsbürger auf Jahre hinaus der nationalen Arbeit entzieht — daß ein solches System vom Standpunkt einer gesunden staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung den Vorzug verdient vor einem System, das die Staatsbürger in zwei von einander abgeschlossene Klassen trennt, das bürgerliche Element in eine untergeordnete Stellung herabdrückt, und hunderttausende der arbeitskräftigsten Männer in der Blüthe der Jahre ihrem Berufe entfremdet, aus der Berufs-Laufbahn wirft und für Jahre der nationalen Arbeit entzieht.

Das alles liegt so greifbar und offen auf der Hand, daß nur jemand, der nicht sehen kann oder nicht sehen will, es überhaupt leugnen oder bestreiten kann.

Aber ein ernsthaftes Argument, das der Widerlegung bedarf — und es ist das einzige —, bringen die Vertheidiger unseres Militärsystems vor.

Was — so machen sie geltend — was nützen uns Massen bewaffneter Leute, wenn sie in Waffen nicht geübt sind und nicht alle die Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen, die zum Kriegsdienste notwendig sind? Das Milizsystem liefert mehr Soldaten, das unsere liefert tüchtigere; unser Heer ist in seiner jetzigen Gestalt für die militärischen Aufgaben besser geeignet, als ein Milizheer, selbst bei doppelter Zahl, es wäre. Die Ausbildung des wirklich kriegstüchtigen Wehrmanns erheischt längere Zeit, als das Milizsystem bietet, und kann nur im Rahmen einer strammeren Organisation, als das Milizsystem sie ermöglicht, gewährt werden.

Das sind die Einwände. Prüfen wir sie. Daß die Kriegstüchtigkeit eines Heeres nicht nach der Zahl der Soldaten zu bemessen ist, das ist, als selbstverständlich, von vorn herein zuzugeben. Daß zur Wehrfähigkeit eine sorgfältige, längere Zeit in Anspruch nehmende Ausbildung gehört, ist ebenfalls ohne weiteres zuzugeben; und die „Kreuzzeitung“ hätte sich und uns den langen und langweiligen Leitartikel ersparen können, in welchem sie vor einiger Zeit das Selbstverständliche zu beweisen suchte. Allein ist es denn wahr, daß das Milizsystem eine solche sorgfältige und wirksame Ausbildung nicht gewährt, nicht gewähren kann?

Das Umgekehrte ist richtig. Das Milizsystem ermöglicht eine längere und bessere militärische Ausbildung als das System des stehenden Heeres.

In jenen Irrthum — falls es nicht absichtliche Falschdarstellung ist — kann nur gerathen, wer den Militärdienst von dem Tage des Eintritts in das Heer an rechnet. Im Heer erhält der Milizsoldat allerdings weit weniger militärische Ausbildung als der Soldat des stehenden Heeres; denn er ist nur ein paar Monate im „Dienst“; und in ein paar Monaten kann der Wehrmann natürlich nicht so viel lernen wie in ein paar Jahren.

Aber — und hier kommt unser aber — die militärische Ausbildung des Milizmannes beginnt schon 15 Jahre vor seinem Eintritt in das Heer: am Tage seines Eintritts in die Schule. Er wird nicht für den Wehrdienst gedrillt, sondern erzogen. Die militärische Ausbildung ist, was für die Deutschen bereits Fichte in seinen „Reden an die deutsche Nation“ befürwortete, organischer Theil der Jugend- und Volkserziehung. Der militärische Drill ist Sache der Kaserne, die militärische Erziehung ist Sache der Schule und des bürgerlichen Lebens. Daß aber alle militärischen Kenntnisse, Fertigkeiten und Handgriffe besser gelernt werden können, wenn mit dem Erlernen schon in der Jugend begonnen wird, das bedarf für keinen Menschen mit fünf Sinnen eines Nachweises. Was den armen Rekruten unseres stehenden Heeres nur langsam und mühsam unter Anwendung der bekannten drastischen Lehrmittel und Lehrmethoden des Kasernenhofs beigebracht werden kann, das lernen Knaben, deren Gliedmaßen noch geschmeidig sind, spielend und lachend. Wenn das sein eigener Verstand nicht sagt, der vergleiche einen Turnplatz mit einem Exerzierplatz.

Für keinen, der vom Turnen, Schießen und Marschiren etwas versteht — und das sind die drei Künste, auf denen die militärische Tüchtigkeit vor allem beruht, und auf die sie sich

gründet — kann es dem leisesten Zweifel unterliegen, daß jemand, der von Jugend an planmäßig und rationell in Turnen, Schießen und Marschiren geübt wird, eine größere Fertigkeit und Ausdauer erlangt, als wer bloß ein paar Jahre lang — wenn auch noch so intensiv — ausgebildet, oder richtiger: gedrillt worden ist.

Der Schwerpunkt des Milizsystems liegt in der militärischen Erziehung der Jugend. In der Schule und außerhalb der Schule. Und damit kommen wir nochmals auf die Jugendwehren.

Unser Leser werden sich erinnern, daß jüngst ein Leitartikel des „Vorwärts“ einem schweizerischen Blatt Anlaß gab, die Einrichtung der Jugendwehren, denen wir, in ihrer bisherigen Gestalt, nur einen sehr untergeordneten Werth zuerkennen, gegen unsere Ausführungen in Schutz zu nehmen.

Was wir an den Jugendwehren getabelt hatten, war der Umstand, daß sie bisher — in der Schweiz weniger als in Frankreich — fast nur Kindern wohlhabender Eltern zugänglich waren, und infolge dessen zu reinen Spielereien ausgeartet waren, weshalb man die Jugendwehren oder „Schulbataillone“ in Frankreich auch abgeschafft hat. Werden aber die Jugendwehren allgemein und obligatorisch, woran jetzt in der Schweiz gedacht wird — dort heißen die Jugendwehren „Rabatten“ — so ist die Einrichtung jedenfalls höchst empfehlenswert.

In Frankreich, dessen Volk die harte und schwere Rüstung des preussisch-deutschen Militärsystems — das fast unverändert von den Franzosen übernommen ward — nur sehr ungern trägt, wendet die öffentliche Aufmerksamkeit sich mehr und mehr dem Milizsystem zu. Ueber den „militärischen Vorbereitungs-Unterricht“ — Instruction militaire préparatoire — wird jetzt sehr lebhaft dort diskutiert, und es ist auch die Frage einer Reorganisation der Jugendwehren aufgetaucht. Die Hauptschwierigkeit hierbei liegt darin, wie die jungen Leute zwischen dem Schulalter und der Zeit des Militärdienstes militärisch organisiert werden sollen. Indes muß wohl von jedem Unbefangenen eingekäumt werden, daß auch diese Schwierigkeit leicht überwunden werden kann — wenn man will.

Unter allen Umständen steht fest, daß der Einwand der Militaristen, das Milizsystem schließe eine tüchtige militärische Erziehung aus, hinfällig ist.

Wohl wissen wir, daß der Kapitalismus sich an das Militärsystem des stehenden Heeres und blinden Gehorsams, als an seine Hauptstütze anklammert, aber wir wissen auch, daß der Militarismus die Freiheit bedroht, eine ständige Gefahr für den Frieden ist und die Völker moralisch wie ökonomisch zu Grunde richtet. Indem wir die Wahrheit weiter und weiter verbreiten, und die Vortheile des Milizsystems den Massen zum Verständnis bringen, schmieden wir aus dem Militarismus einen Nagel zum Sarge des Klassenstaates.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 5. Juli.

**Gegen das ostelbische Junkerthum** ruft die „Rölnische Zeitung“ das Bürgerthum zum Streite. Das Blatt hatte neulich Kulturkampf und Sozialistengefähr als Mißgriffe bezeichnet und war deshalb von der „Kreuzzeitung“ hart angefahren worden. Es antwortet jetzt dem Blatt der Hammerstein:

Wir betrachten nun allerdings als die bödsartigsten Umstürzer diejenigen Leute, die in den letzten Jahren durch ihre Intriguen den nationalen Staat in seinen Grundfesten erschütterten, das monarchische Bewußtsein verwüsten und Preußen dem Gespötte Deutschlands und der Welt preisgegeben haben. Wir erleben gegenwärtig eine Erbitterung von einer Schärfe und einer Ullgegenwart, wie sie noch keine Periode der deutschen Geschichte verzeichnet hat. Und dieser hochgradige und allgemeine Ingrimm ist begründet. Denn eine selbstbewußte Nation kann unmöglich gewillt sein, auf die Dauer den vom Junkerthum angestrebten Zustand zu ertragen, daß ihre bedeutendsten Männer entweder bei Seite geschoben oder aber geübeligt werden, durch einen Kniefall vor verachteten ostelbischen Rentepolitikern, Königlenten, Bimetallisten, Kanalgegnern und Reaktionären um Gnade zu flehen. Die nächsten Wahlen werden sich, wenn in Berlin nicht eine gänzliche Umkehr erfolgt, zu einem vulkanischen Ausbruch des Volkszorns, zu einem furchtbaren Gottesgericht über das Junkerthum gestalten. Wir geben uns dabei nicht der geringsten Täuschung darüber hin, daß die Günst der Massen sich den Parteien zuwenden wird, die der allgemeinen Unzufriedenheit den rücksichtslosesten, radikalsten Ausdruck verleihen. Es liegt uns als gemäßigten Männern also jedes parteipolitische Interesse an dieser Entwicklung fern, eine gegenwärtige Erdrüttung wäre uns lieber, aber wir halten diese Entwicklung eben für unabwendbar, wenn man in Berlin nicht darauf verzichtet, jeden irgend auffindbaren Anlaß zu benutzen, um die nun einmal vielfach vorhandene, berechtigte oder unberechtigte Aneignung gegen Junkerthum und Militarismus durch politisch einfach unbegreifliche Maßregeln künstlich zu reigern. Man kann wirklich auf den Gedanken kommen, wenn man in Berlin überhaupt noch eine politische Empfindung für große Volksströmungen habe, so müsse der letzte Gedanke bei den letzten Verschiebungen der sein, die Todeszudangen des Junkerthums abzukürzen und eine Entscheidungsschlacht zwischen der gesamten Heeresmacht des Bürgerthums und den Ostelbiern, die den Staat auf die Kniee bringen wollen, herbeizuführen. Wie dieser Kampf enden würde, darüber kann unter vernunftbegabten Menschen kein Zweifel sein. Die Nation wird es ablehnen, die Kosten der Lebenshaltung des Junkerthums für ihre Rech-

nung zu übernehmen; sie wird verlangen, daß das Junkerthum sich ebenso um Fachkenntnisse bemühe, gelte es nun Landwirtschaft oder Beamtenlaufbahn, und ebenso so solid arbeite wie der begabte Mann aus dem Volke. Die Ausschloßigkeit eines Kampfes zwischen den Kaniklenten und dem Bürgerthum muß auch dem blödesten Auge klar sein. Und da liegt nun der Gedanke nahe, einzelne Gruppen des Bürgerthums zu den Junkern hinüberzuziehen. Als Mittel zu diesem Zweck erscheinen verwertbar die Angst vor der Sozialdemokratie und die konfessionellen Gegensätze. Man scheint zu hoffen, die Nationalliberalen entweder durch ein bischen Kulturkampf oder durch ein bischen Sozialistengefähr irreführen und von der Hauptfrage ablenken zu können, ob die maßlose politische Ueberhebung des Junkerthums irgendwo in Einklang steht mit der Stellung, die es in der Volkswirtschaft, in der Wissenschaft, Literatur, Kunst, kurz in dem gesammten Leben der Nation einnimmt.

So wagt mächtig der Horn in den Herzen der national-liberalen Männern. Man kann diesen Horn wohl begreifen. Sie haben mit heißem Bemühen nach Nennern und Würden gefirbt, Jahrzehnte lang. Sie haben den Rücken gekrümmt, sie sind auf Knien geruht, sie haben den Staub von den Schuhen der Mächtigen geleckt. Sie haben gehofft und geharrt, sie haben sich von jedem Schimmer einer Aussicht narren lassen.

Und das Ende ist, daß sie gänzlich bei Seite gewiesen, hinter hirculosen Junkern und blöden Säbelacklern zutrittsretten müssen, daß sie — was das allerschlimmste — bei dem Millionär-Büchtungsgefähr nicht die Hauptgewinner sein sollen. Keine Ministerstellen! Keine Ministerialräthe, keine Regierungspräsidenten, keine Landrathsposten! Selbst Rudolf v. Bennigsen, der „große Staatsmann“, der ewige Ministeraspirant, wird nicht Minister — sondern verläßt sogar entsagungsvoll seinen Oberpräsidentenstuhl!

Darob schreien sie schmerzgetroffen laut auf, die armen, stiefväterlich behandelten Nationalliberalen, und sie rufen zur „Entscheidungsschlacht“ gegen die Ostelbier.

Aber fürwahr, es stünde wohl traurig um unser Vaterland, wenn die nationalliberalen Truppen diese Entscheidungsschlacht gegen der Junker Uebermuth und Ausbeutungsgelüste ausfechten sollten. Diese Truppen haben hundertfältig mit dem Feind paktirt; sie sind korumpirt und demoralisirt.

Wir wollen nicht meinen, daß die Anzeichen, als ob das Bürgerthum sich in späterer Lebensstunde aufschneiden wolle gegen das Joch der Junker, bedeutungslos seien. Wohl wird es eine große Auseinandersetzung werden zwischen Ostelbien und Westelbien, zu welcher letzterem Süddeutschland lößt und zu dem die arbeitenden Klassen auch Westelbiens stoßen müssen. Wohl wird das Großbürgerthum sich nicht der Kaniklerie und Kardofferei wehrlos ergeben. Aber mehr als die Abwehr dieser ängstlichen Gefahr wird es seiner traditionellen Schwachseligkeit nicht abgewinnen.

Man jagele Ostelbiens frechste Begierden, man gebe den Industrieherrn des Westens einige Pfriinden und ehliche Ehrengelenden und — in den Armen liegen sich beide!

Zum wirklichen Entscheidungskampf gegen das Junkerthum bedarf es anderer Truppen; Truppen, die zu sechten gelernt haben, deren ganzes Leben Krieg war, die nie sich feige ergaben, nie faule Kompromisse abschlossen.

Den Entscheidungskampf gegen die wirtschaftliche, politische und militärische Privilegienherrschaft des Junkerthums kann nur die Arbeiterklasse aufsechten und sie wird ihn aufsechten, gründlich aufsechten.

**Der deutsche Professor und das Vereinsrecht.** In nationalliberalen Kreisen liebt man es, sich darauf zu berufen, daß gerade in der offiziellen Universitätswissenschaft der gemäßigste vornehme Liberalismus einen besonders glänzenden Ausdruck finde. Nun sind im preussischen Herrenhaus die neun Landesuniversitäten durch je ein Mitglied vertreten. Von diesen waren nur drei bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz im Herrenhaus anwesend. Zwei von ihnen — der Augenarzt Förster-Westlau und der Botaniker Reinkes-Kiel — stimmten mit „ja“ für die Zerstörung des Vereinsrechts, nur der Jurist Hinrichs-Berlin mit „nein“. Aber dem Herrenhaus gehören noch drei weitere akademische Lehrer an: die Juristen Börsch-Born, Lambach-Berlin und Dernburg-Berlin. Diese haben sämmtlich mit „ja“ gestimmt. Freilich sind sie „durch allerhöchstes Vertrauen“ ins Herrenhaus berufen, aber Dernburg saß bereits vor seiner 1874 erfolgten Berufung sieben Jahre lang als Vertreter der Universität Halle in diesem Hause. Er ist ein hochangesehener Jurist und die Nationalliberalen pflegen ihn sonst mit Stolz als einen der übrigen zu betrachten, der ungefähr dieselbe politische Stellung einnehme, wie sein Bruder, der frühere Chefredakteur der „Nationalzeitung“.

Man muß sagen, daß das Verhalten dieser Herren im Herrenhause sehr auffallend ist. Was sagt die nationalliberale Presse dazu?

Sagelschäden in einer Ausdehnung, wie wir seit vielen Jahren ähnliches nicht erlebt, haben die furchtbaren Gewitter dieses Jahres in Süddeutschland — und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus — angerichtet. Der Schaden in Württemberg allein wird auf 10 Millionen veranschlagt, und fast keiner der Betroffenen ist versichert — das ist der stereotypische Refrain sämtlicher Berichte. Und die Folge? Der Ringelbeutel wird im Lande herumgereicht, und der Staat muß den bedrängten Gemeinden zu Hilfe kommen. Gegen letzteres ist nichts einzunehmen. Aber der Appell an die Wohlthätigkeit ist jedenfalls eine Blamage und ein Armutzeugniß. Der Grundsatz, daß der Staat, das heißt die Allgemeinheit für das bedrängte Ju-

dividuum einzuführen, und im Fall von Kalamitäten und Katastrophen für Abhilfe und Linderung der Noth zu sorgen hat, ist durchaus demokratisch und sozialistisch — er entspricht jedoch nicht dem Wesen des heutigen Staates, der sich den Konsequenzen dieses Satzes in jeder Weise zu entziehen und die Last seiner Pflichten auf das Volk, und zwar auf das arme arbeitende Volk abzuwälzen sucht — man denke nur an die deutschen Arbeiterversicherungs-Gesetze.

Warum ist der Staat dann wenigstens nicht konsequent? Warum wendet er das Versicherungs-Prinzip nicht auf Hagelschaden und sonstigen Schaden durch Naturereignisse an, wie die Sozialdemokratie das schon seit Jahrzehnten in den Landtagen, wo sie sich fassen konnte, befürwortet hat?

Die erhobenen Einwendungen sind ganz nichtiger Art und betreffen bloß, daß der Staat in allen gemeinnützigen Dingen sich vor einer Ausdehnung seiner Thätigkeit und Befugnisse scheut, während er überall da, wo es die Freiheit des Volkes zu beschränken gilt, diese Thätigkeit und Befugnisse mit aller Macht auszuüben bemüht ist.

Ein heiterer Sozialistenlächler ist der alte Schützflücker Meline, Haupt der neuesten französischen Regierung von Panamisten-Gnaden. Weil die Kammer ihn als Biermeiernden Hampelmann braucht, hält sich für eine wichtige Person und glaubt sich berufen, die kapitalistische Welt von dem Sozialismus zu befreien. Der Widerhall, den die große Rede unseres Genossen Jaurès auf dem Lande, wie meinen unter den Bauern in Frankreich, gefunden, hat den guten Meline zu dem heroischen Entschluß gebracht, in den Kampf gegen den Drachen zu ziehen. Diesen Entschluß theilte er gestern — vermuthlich hatte er vorher als für sorglicher Familienvater sein Testament gemacht — dem landwirtschaftlichen Verein von Vesul mit. Er versprach, wie wir einem Telegramm der „Vossischen Zeitung“ entnehmen, den hauerlichen wechselseitigen Kreditvereinen die 40 Millionen, welche die Bank dem Staate für die Erweiterung ihres Vorraths bezahlt, sowie den jährlichen Gewinnantheil des Staates an der Geldscheinausgabe, zwei bis drei Millionen, zu überlassen. So werde der Bauer das billige Geld finden, dessen er in seiner Wirtschaft bedarf. Er stellte weiter die Einrichtung der wechselseitigen Hagel- und Viehverversicherung unter staatlicher Mitwirkung und starke Steuererleichterungen der Kleinbesitzer in Aussicht und schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Landwirthe lieber einander in Brüderlichkeit helfen, als auf die Anstürzler hören werden, die auf ihre Nothlage rechnen, um sie zum Klassenkampf und Bürgerkriege aufzuheben. Schließlich erklärte er, um jeden Preis den „Kollektivismus“ vernichten zu wollen.

Nun, Herr Meline hat durch seinen komischen Erguß bloß verrathen, wie gut Jaurès getroffen hat. Unsere französischen Genossen werden den braven Meline-Tamine (Meline-Prot-vertheurer) zu den übrigen Sozialistenlächlern legen.

Aus Indien kommen immer schlimmere Nachrichten. Die Vorkommnisse in Puna und Schitpur (Poonah und Schitpore oder Schitpur in englischer Orthographie) waren und sind weit ernstlicher, als anfangs gemeldet ward. Denn die Ruhe ist noch nicht hergestellt. Und das Bedenklichste — worauf wir bereits hindeuteten — ist, daß Muhamedaner und Hindus, auf deren gegenseitige Abneigung sich die englische Herrschaft zum Theil gründet, jetzt gemeinsame Sache machen.

Die Aufregung der Massen wurde durch Maßnahmen gegen die Stadt hervorgehoben — Maßnahmen, die in ihrem Zweck ganz vernünftig waren, aber mit den religiösen Vorurtheilen der Indier nicht rechnet. Gemäß diesen Maßnahmen, drangen englische Soldaten in die Wohnungen der Eingeborenen, wobei die Heiligheit der Frauengemächer nicht geschont, und den religiösen Anschauungen vielfach ins Gesicht geschlagen wurde.

Wie gefährlich dies ist, wird man daraus ersehen, daß der furchtbare Sipoy-Aufstand des Jahres 1857 durch eine einfache Militärverordnung hervorgebracht ward, welche die einknechtenden Soldaten zwang, die mit Schweinefett geschmierten Patronen zu halten, wie man sie damals hatte, abzuweisen. Der Hindu darf überhaupt keinen thierischen Stoff an die Lippen bringen und dem Muhamedaner ist das Schwein ein unreines Thier.

Die Erinnerung an jenen furchtbaren Aufstand und seine Ursachen geht jetzt wie ein Gespenst durch die englische Presse.

Die Friedensverhandlungen erfahren wiederum Verzögerungen. Aus Konstantinopel wird unterm 5. Juli gemeldet: Gestern wurden die Vorschläge gemeinschaftlich bei der Hofe wegen Beendigung der Vorarbeiten der türkischen militärischen Delegationen und der Militärattachés zur Grenzregulirung vorgelegt und machten auf die durch die Verzögerung der Beendigung dieser Vorarbeiten verursachte Verschleppung der Verhandlungen aufmerksam. Die Vorschläge wurden mündlich vorgelegt und hinterließen ein schriftliches Promemoria. Heute findet wegen dieser Angelegenheit ein Ministerrath statt. Die nächste Sitzung in betreff der Friedensverhandlungen findet voraussichtlich heute oder morgen statt.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Die letzte Konferenz war die dritte, welche nacheinander von türkischer Seite abgelehnt wurde. Die Vorschläge sind hierüber äußerst ungenügend. Tewfik Pascha scheint jedoch neuerdings den Sultan für die Verzögerung gewonnen zu haben, da nach Neußerungen Tewfik Pascha's er die Vorschläge für uneinig hält. In diplomatischen Kreisen verläuft, daß die Vorschläge darüber beraten werden, bei Fortsetzung der türkischen Taktik die gemeinsamen Verhandlungen zu sistiren und die zurückgehaltene, aber bereits beschlossene Kundgebung der Vorschläge bezüglich der Zeit der Räumung Thessaliens für Mitte August anzusetzen.

Die Schweizer Telegraphen-Agentur ist in der Lage, zu versichern, Rumo Drog habe den Gouverneurposten von Areta nicht abgelehnt, aber sich formell die Entscheidung bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, wo die Mächte sich über zahlreiche, noch Gegenstand von Verhandlungen bildende Punkte geeinigt haben werden. Die Verhandlungen seien in Wirklichkeit noch nicht beendet und Rumo Drog scheint anzunehmen, daß sie noch ziemlich lange währen würden.

### Deutsches Reich.

Der Unterstaatssekretär Dr. Fischer, die rechte Hand Stephans, hat einen halbjährlichen Urlaub angetreten. Da es bei uns jetzt Mode ist, auf Urlaub zu gehen, wenn die amtliche Laufbahn zu Ende ist, so dürfte dies auch im Falle des Dr. Fischer zutreffen. Man kann es dem Herrn auch nicht verdenken, daß er seiner Wege geht. Unter dem Husarenoffizier weiterzukommen wird ihm nicht gefallen.

Ein Staatssekretär des Reichsschatzamt's ist noch nicht gefunden. Der badische Finanzminister Buchenberger hat es nunmehr definitiv abgelehnt, das Reichsschatzamt zu übernehmen. Es sollen dem „S. Z.“ zufolge nunmehr Verhandlungen mit dem Vorschläger Freiherrn v. Thielmann in Washington angekündigt worden sein.

Herr v. Bennigsen wird, wie jetzt auch der „Dann. Cour.“ mittheilt, bestimmt Ende des Jahres sein Amt aufgeben.

Herr von Miquel und das Reichswahlrecht. Als, so schreibt die „Berl. Ztg.“, noch eine Generalvollmachtigung des Herrn von Miquel für die gesammte innere Politik in Preußen und im Reiche zugleich in Frage stand, oder vielmehr nachdem diese Form des verhärteten Miquel'schen Einflusses festgestellt war,

um nachher wieder verlassen zu werden — zu dieser Zeit hat Herr v. Miquel auch Gelegenheit genommen, Ansichten über das Reichswahlrecht zu veröffentlichen, Ansichten, die zu Ablichten werden dürften in einem künftigen Reichs-Regierungsprogramm. Herr v. Miquel ist kein Freund des geltenden Reichswahlrechts, richtet aber die Hauptkraft seiner Angriffe nicht gegen das allgemeine, sondern gegen das gleiche Wahlrecht, welches er durch ein System der Abstufungen ersetzt sehen möchte.

Daß Miquel ein Gegner des Reichswahlrechts ist, wundert uns gar nicht. Agrariergenosse wie er ist, macht er alle reaktionäre Streiche mit.

Protestkundgebungen. Aus Hamburg wird uns mitgetheilt: Eine Resolution, in der Protest gegen die preussische Vereinsgesetzgebung erhoben und das freie Vereins- und Versammlungsrecht auch für die Frauen, das Gesinde und die Landarbeiterschaft gefordert wurde, gelangte zur einstimmigen Annahme in acht öffentlichen Versammlungen, die im 8. Hamburger Wahlkreis stattfanden und zwar in: Hamm, Cuxhaven, Barmbeck, Eppendorf, Rothenburgsort, Geesthacht, Billwärder und Suhrdorf. Die Versammlungen waren sehr gut, zum Theil glänzend besucht, besonders auch von Frauen.

Das neue Militärgewehr, das in der Armee zur Einführung gelangen soll, erweist sich, wie ein hiesiges Blatt erzählt, von außerordentlicher Bedeutung durch seine fulminante Wirkung. Es ist leicht von Gewicht und die Kugel vermag noch auf 800 Meter Entfernung in gerader Flugbahn 7 hintereinander stehende Mann mit vollständiger Marschausrüstung zu durchbohren.

Junckerliche Schweinepolitik. Der Bürgermeister Schneider in Kattowitz theilte in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung mit, daß der Vertreter der Regierung, Oberregierungsrat von Heubrand und der Kaiser, der vor einigen Tagen wegen der Gänse-Quarantäne-Station in Kattowitz weilte, erklärt habe, im Herbst werde die Grenze verkehrsweise gegen die Schweineinfuhr gesperrt werden. Der „Oberschl. Anzeiger“, der diese Mittheilung bringt, bemerkt dazu: Obgleich wir an der Thatsache nicht zweifeln können, wäre die Maßnahme im Interesse der Bevölkerung des Industriebezirks höchst bedauerlich, da die Thatsache unabwieslich scheint, daß die inländischen Lende würde den Bedarf an Schweinen nicht entfernt zu decken im Stande sind.

Stuttgart, 8. Juli. (Sig. Ver.) Beschlüsse von erheblicher sozialpolitischer Bedeutung sind gestern Abend im Gemeinderath auf Antrag des Oberbürgermeisters Kämelin gefaßt worden.

Die Tendenz des ersten Beschlusses geht dahin, eine organische Verbindung des städtischen Armenamts, Arbeitsamts und der technischen Kommission herzustellen, um die Arbeitsvermittlung und die Armenunterstützung besser reguliren zu können. Danach hat das Armenamt alle diejenigen, welche wegen angeblichen Mangel an Lohnarbeitsgelegenheit Armenunterstützung brauchen, sofort der städtischen Arbeitsvermittlung zuzuwenden. Das Arbeitsamt hat solche Arbeitsgesuche denjenigen städtischen Verwaltungen zur Kenntniß zu bringen, bei welchen der Bewerber Arbeit sucht. Das Arbeitsamt ist aber nicht verpflichtet, die vom Armenamt zugewiesenen ihrer Hilfsbedürftigkeit wegen vor anderen Arbeitssuchenden zu bevorzugen. Die technischen Kommission sind verpflichtet, das verfügbare Arbeitsquantum, sowie die Zahl der hierfür bedürftigen Arbeitskräfte dem Arbeitsamt mitzutheilen. Die Stenerverwaltung, die Stenerathschreiber und das Statistische Amt haben die Zahl der zum Zwecke des Stenerzettel-Schreibens und -Ausstragens, die zur Vorbereitung von Wahlen und zu statistischen Arbeiten erforderlichen Hilfschreiber und Hilfsboten dem Arbeitsamt anzuzeigen. Man hofft dadurch einmal den Arbeitern das Almosenempfangen zu ersparen und die Arbeitsvermittlung zu beleben.

Der zweite Beschluß bezweckt eine Art Pensionirung der städtischen Arbeiter. Der Beschluß lautet: Die Stadtgemeinde Stuttgart gewährt allen dauernd und regelmäßig in ihrem Dienste beschäftigten Lohnarbeitern im Falle unverschuldeter, durch körperliche oder geistige Gebrechen eingetretener dauernder Unfähigkeit zur Verrichtung der ihnen übertragenen Arbeiten vom zurückgelegten 10. Arbeits-(Dienst-)Jahre an und unter den nachfolgenden weiteren Voraussetzungen und Bestimmungen Jahresgratualien, welche betragen:

beim vollendeten 10.—13. Arbeitsjahr	250 M.
„ „ 13.—16. „	290 „
„ „ 16.—19. „	330 „
„ „ 19.—22. „	370 „
„ „ 22.—25. „	410 „
„ „ 25.—28. „	450 „
vom „ 28. „ an	500 „

Wenn ein noch gesunder Arbeiter altershalber die Pensionirung nachsucht, so kann dies wohl nach dem vollendeten 65. Lebensjahre geschehen. Eine Prüfung der Bedürftigkeit des Empfängers findet nicht statt. Zur Aufbringung der erforderlichen Mittel beantragt die Kommission, der auch Genosse Kloss bis zu seinem Austritt aus dem Bürgerausschuß angehört, die Gründung einer „Unterstützungskasse für städtische Lohnarbeiter“. Die Gewinnung der erforderlichen Mittel sollte, da Beiträge seitens der Arbeiter nicht erhoben werden, durch Einstellung der erforderlichen Beiträge in die Jahresetats der Stadtverwaltung, weiterhin aus den Zinsen und etwaigen sonstigen Erträgen des Vermögens gewonnen werden. Als erster Beitrag zur Ansammlung eines Fonds und zur Leistung der im Etatsjahr 1897/98 anhaltenden Gratualien wurde die Einstellung des Betrags von 20000 M. in den Etat von 1897/98 vorgeschlagen. Im Gemeinderath herrschte Einstimmigkeit zur Annahme dieser Vorschläge. Da aber die Gemeinderäthe Gauß und Fischer den Arbeitern nicht eine freiwillige Unterstützung, sondern einen wohlgegründeten Rechtsanspruch an diese „Gratualien“ verschaffen wollten, kamen diese zu der Ansicht, daß der Arbeiter nicht beitragsfrei sein dürfe und dies auch gewiß nicht wolle. Gauß stellte den Antrag: Es sollen die Vorarbeiten geleistet und den bürgerlichen Kollegien vorgelegt werden, die erforderlich sind, um sich ein Urtheil darüber zu bilden, wie am zweckmäßigsten eine Kasse einzurichten wäre, die arbeitsfähig gewordenen städtischen Arbeitern nach zehnjähriger Dienstzeit fixirte Unterstützungen zu gewähren hat und die durch Beiträge der Gemeinde und der dauernd in städtischen Dienst befindlichen Arbeiter unterhalten wird.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Gegen eine Stimme auch der Vorschlag auf Einstellung von 20000 M. als erste Rate zur Gründung eines Fonds in den Etat pro 1897/98.

Duellchronik. Aus Mannheim wird gemeldet: Die Studenten Karl Reinweber aus Wiesbaden und Siegfried Kramer aus Saar, 21 Jahre alt und in Heidelberg wohnhaft, ließen am 30. Mai d. J. in Folge eines Wirtshausstreites durch den Studenten Heinrich Meyer aus Heiden dem Studenten Wilhelm Bruch eine Forderung auf Säbel, beziehungsweise Pistolen, überbringen. Bruch erklärte, er schlage sich nicht und zeige die Herausforderer der Staatsanwaltschaft an. Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödtlichen Waffen wurden Reinweber und Kramer jeht zu 10 Tagen, Meyer wegen Kartelltragens zu 6 Tagen Festung verurtheilt.

Chronik der Majestätsbeleidigungen-Prozesse. Am Montag hatte sich der 15-jährige Barbierlehrling namens Max Rajewski vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts I wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Die Verhandlung fand natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Urtheilspublikation war zu entnehmen, daß der jugendliche Angeklagte bei Gelegenheit der Jahrhundertfeier gefragt hatte, wozu denn das alles sei, und an diese Frage eine Ausrufung geknüpft hatte, welche eine Majestätsbeleidigung in sich schloß. Das Urtheil lautete auf 4 Monate Gefängnis. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Müller, bedauerte vor Eintritt in die Beweisaufnahme, daß gegen einen so unreifen

jungen Burschen, wie der Angeklagte, kein anderes Strafmittel erlaubt sei, derselbe vielmehr auf die Anklagebank müße.

Wegen des gleichen Vergehens wurde weiter ein 14-jähriger Laufbursche Otto zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

### Schweiz.

Bern, 8. Juli. (Sig. Ver.) Die Bundesversammlung ist heute nach vierwöchiger Tagung geschlossen worden. Die Vorlagen, welche seit der ganzen Zeit der Session ausfüllten: Krankenversicherung und Eisenbahnverstaatlichung, gehören zu den wichtigsten, die seit 1874, da die neue Bundesverfassung in Kraft trat, die Parlamente beschäftigten. Die Bahnverstaatlichung wird im September parlamentarisch erledigt werden, worauf die Gegner mit der Referendumsbewegung beginnen, d. h. die 80000 Unterschriften sammeln werden, um das Gesetz zur Volksabstimmung zu bringen, die in den ersten Monaten 1898 stattfinden würde. Es wird darum noch die heftigsten Kämpfe geben. Die Kranken- und Unfallversicherung wird wohl in diesem Jahre von der Bundesversammlung nicht erledigt werden, sondern wahrscheinlich erst im Frühjahr 1898. Ob auch gegen sie das Referendum ergriffen werden wird, bleibt abzuwarten. — Aus den letzten Verhandlungen der Bundesversammlung ist noch der vom Ständerath ohne Diskussion bewilligte Kredit von 3 194 000 Fr. für Anschaffung von Kriegsmaterialien zu erwähnen.

Nicht unzeitgemäß ist es, daran zu erinnern, daß vor 20 Jahren das Fabrikgesetz in der Frühjahrsession von der Bundesversammlung erledigt und sodann am 21. Oktober 1877 in der Volksabstimmung mit 181 204 gegen 170 857 Stimmen angenommen wurde. Neun Kantone, und zwar Zürich, Freiburg, die beiden Appenzel, St. Gallen, Tessin, Valais, Waadt und Genève hatten das Gesetz mit Mehrheit verworfen. Es trat sodann am 1. Januar 1878 in Kraft, ist also jetzt 19 Jahre wirksam, aber alle damals von den Gegnern aufgestellten schrecklichen Prophezeiungen vom Ruin der schweizerischen Industrie, der alten Schweizerfreiheit und des Vaterlandes haben sich als das erwiesen, was sie schon damals in der That waren: als Schwindel für den Stimmensfang. Gerade gegenwärtig prosperirt die schweizerische Industrie in allen Theilen des Landes.

In der Stadt Bern und im Städtchen Rheinfelden bei Basel (Kanton Argau) ist mit dem 1. Juli die unentgeltliche Verordnung eingeführt worden.

St. Gallen, 8. Juli. (Sig. Ver.) Mit dem 30. Juni hat unsere kommunale Arbeitslosen-Versicherung, die so viel schon zu reden gegeben hat und in der Presse viel erörtert wurde, aufgehört zu existiren, da die Gemeindeversammlung entgegen dem Antrage des Magistrats auf Weiterführung der Kasse deren Aufhebung beschloß. Der „St. Galler Anzeiger“ widmet der Wiederaufhebung der Arbeitslosen-Versicherung einen Leitartikel, in dem sie als mangelhafter Nothbehelf bezeichnet wird, der nicht mit der Arbeiterbeschäftigung zu vergleichen, aber dennoch geeignet sei, als kleiner Fortschritt die Kampfpossession der Arbeitlosen zu hären. Mit ihrer jetzigen Wiederaufhebung sei die Arbeitslosen-Versicherung übrigens nicht begraben und sie werde in besserer Gestalt wieder auferstehen. Dr. Hoffmann in St. Gallen (Kanton Thurgau) wird jedenfalls das Thatsachenmaterial bearbeiten und eine Darstellung der St. Galler Arbeitslosen-Versicherung geben.

### Oesterreich-Ungarn.

Der ungarische Erntestreik hat einen großen Umfang angenommen und verbreitet sich immer weiter. Was kann, wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, die aus der einzigen Angabe der offiziellen Berichte schließen, daß der Ackerbauminister bereits 2500 Arbeiter zum Erlaß für die streikenden Arbeiter vermittelte hat. Da, wie die ungarischen Blätter berichten, der Ackerbauminister von der Meszheger-Meserle nur in solchen Fällen Anstöße bewilligt, wo von anderwärts keine Arbeitskräfte zu erhalten sind, und weitestheils auf anderem Wege (slowakische und ruthenische Schnitter bezogen werden, so läßt sich daraus schließen, wie groß die Zahl der Ausländigen sein muß. Schon vor Peter und Paul, wo die Erntearbeiten in Ungarn allgemein aufgenommen werden, wurde die Zahl der geborgenen Schnitter, die die Arbeit nicht aufnahmen, auf zehn- bis zwölftausend geschätzt. Diese Zahl dürfte heute bereits stark überschritten sein. Aus den amtlichen Meldungen und den Nachrichten der Pesther Blätter lassen sich freilich sichere Angaben über die Ausdehnung des Ernte-Ausstandes nicht entnehmen. Mit Absicht wird da alles zweideutig angedeutet, und man merkt gar sehr das Bemühen, die Sache möglichst als unbedeutlich hinzustellen. Nur daß das Gebirge und Militärbestanden recht ausgiebig ist, liest man deutlich heraus. Es sind förmliche Berichte vom Kriegsschauplatz, und auch verlogen wie solche.

Obwohl die Streikbrecher von den Behörden organisiert und beigelegt werden, genügen die Erntearbeiter weder der Menge noch der Arbeitsfähigkeit nach. Die Arbeiter aus dem slowakischen und ruthenischen Berglande sind der Ernte-Arbeit im Uffeld nicht gewachsen. Und was nützt es da dem Unternehmer, wenn er billige Arbeiter hat, die ihm jedoch unvergleichlich weniger ausarbeiten als die Uffelder Schnitter! Die Erntearbeit muß vor allem rasch erledigt werden. Daher lesen wir denn auch in den Pesther Blättern, daß die Unternehmer vielfach den Forderungen der Schnitter stattgeben. Freilich greift auch schon die Regierung zu den äußersten Mitteln. Aus einem Orte bei Szegedin wird heute gemeldet, die dortigen Schnitter seien gezwungen worden, die geborgene Arbeit aufzunehmen. Doch wie werden sie diese erzwungene Arbeit leisten? Dem Schnitter regnet keine Maschine den Gang der Arbeit. Dem Unternehmer werden solche Zwangsarbeiter theurer zu stehen kommen, als wenn er sie höher entlohnte.

Ein Erntestreik in dieser Art und Ausdehnung sieht auf dem europäischen Festland so ziemlich beispiellos da. Daß sich die ungarischen Schnitter dazu vereinigen konnten, daß sie mit solcher Ruhe, Besonnenheit und ohne sich irgend provoziren zu lassen, den Ausstand durchzuführen, das ist eine bewundernswürdige Leistung.

Der Reichsraths-Abgeordnete Sajer wurde, wie aus Neuzam in Galizien gemeldet wird, wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung der Armee zu einer achtmonatlichen schweren Kerkerstrafe, verschärft durch je einen Fasttag in vierzehn Tagen, verurtheilt. Die betreffenden Ausrufungen Sajer's sind in der Wahlbewegung gefallen. Von den Zeugen sagte der Vorkaufmann von Slocina, Johann Wroz, aus, daß der Abg. Sajer in der Versammlung in Slocina, in aufreizender Rede gegen die Herrenleute, Geistlichen und den Adel losgegangen habe. Sowohl dieser als auch der nächste Zeuge Josef Sobola, der Diener des Pfarrers, bestätigten, daß der Angeklagte sich despektirliche Ausrufungen über den Kaiser habe zu Schulden kommen lassen. Sechs und dreißig andere Zeugen sagten dagegen günstig für den Angeklagten aus. Falls die Verurtheilung rechtskräftig wird, verliert Sajer auch das Abgeordnetenmandat und ist durch fünf Jahre nach verbüßter Strafe nicht wieder wählbar. Sajer ist einer der Bauern-Radikalen, welche bei der letzten Wahl gegen die polnischen Schlachsiggen heftig vorgegangen sind. Der Polenklub nimmt jetzt Rücksicht.

### Frankreich.

Paris, 4. Juli. (Sig. Ver.) Die Panama-Kommission hat gestern drei Stunden lang den Untersuchungsrichter Le Poitevin angehört. Dieser zeigte sich zwar etwas jugendlich als vor drei Monaten. Hatte doch ihm seine damaligen Enthüllungen über das parlamentarische Korruptions-Syndikat, an dessen Spitze der hochfellige Burdeau stand, die wüthendsten Angriffe in der Panamapresse und auf der Tribüne des Senats, zugezogen. Immerhin erfuhr von ihm die Kommission, daß ein wichtiges Aktenstück aus der gerichtlichen Panama-Untersuchung von 1892 verschwinden ist. Es ist die Aussage, die Fontanes, Administrator

der Panama-Gesellschaft, über die Bestochung Burdeau's gemacht hat. Es steht also fest, daß der auf Staatsloten befaßte opportunistische Führer durch einen amtlichen Aktienbetrug „gerettet“ worden war. Eine Ehrenrettung, die jetzt mit hundertfacher Wucht wider den Geretteten und die Retter sich mehrt. — Aus den von unseren Genossen, Minoret und Viviani gestellten Fragen erhellt, daß sie alles thun werden, um auch die panamäenterritoriale Arbeit der Justiz und der verschiedenen Ministerien aufzudecken. Es fragt sich freilich, ob die Spuren nicht bereits ganz verwischt worden sind. —

Ein Schußmänner-Ausfluß ist am Sonnabend auf der Pariser Polizeipräfektur ausgebrochen. 110 Schußleute, die mit dem Polizeidienst betraut sind, verweigerten den Gehorsam. Sie verlangten Arbeitsverminderung und begründeten dies damit, daß sie täglich 8000 Listen über die Fremden anzufüllen haben und daß sich diese Arbeit bei der Abreise derselben wiederholt. Gleichzeitig beschwerten sie sich über einen mißliebigen Polizeikommissar. Die Polizeipräfektur versprach, die Forderungen zu berücksichtigen. Daraufhin haben die Ausständigen den Dienst wieder aufgenommen. —

### Italien.

— Cipriani wurde gestern in Forlì ohne Wahlkampf gewählt — es war kein Gegenkandidat aufgestellt.

Wie wir einem Briefe Cipriani's entnehmen, geht die Heilung seiner Wunde sehr langsam vorwärts. Die Angel hat das Knie durchbohrt und außer Zerschörung des Gelenks auch das Schienbein zerstückelt. Unser Freund hat am eigenen Leibe die „Humanität“ der neuen Geschosse erprobt, die zwar beim Eintritt in den Körper und beim Austritt aus demselben — denn sie schlagen immer durch — ganz kleine Löcher machen, immer aber durch die rotierende Bewegung im Umkreis von 1/2 Zoll alles zu Brei machen. —

### Spanien.

Madrid, 4. Juli. In Albacete sind Unruhen wegen der Verhaftung ausgebrochen. Eine Anzahl Frauen zündeten das Steingebäude an. Einige Gendarmen wurden durch Steinwürfe verwundet.

Verärgerte Steuerrevolten sind in Spanien fast an der Tagesordnung, was auch bei der außerordentlichen Steuerbedrückung des Volkes kein Wunder ist. —

### Äfrika.

— Ueber den Sudanfeldzug sind in letzter Zeit sehr widersprechende Gerüchte im Umlauf. Einerseits sagt man, daß der Beginn der Operationen bereits im Juli stattfinden und daß das Ziel derselben vollständig Abu-Gammed und Berber sein wird, andererseits, daß man noch in diesem Jahre die Richtung zu gehen entschlossen sei, und von dritter Seite wird sogar behauptet, daß infolge von Anweisungen, welche aus London gekommen sind, die Expedition in diesem Jahre überhaupt nicht stattfinden soll.

In der Verschiedenartigkeit dieser Gerüchte, besonders aber in der letzten Lesart, ist nach der Meinung des englandgegenehrten „Kegyptischen Couriers“ leicht die Absicht zu erkennen, die öffentliche Meinung, besonders in Europa, über die Pläne, welche die Engländer im Sudan verfolgen, irre zu führen. In Wirklichkeit ist nicht daran zu zweifeln, daß der Feldzug, sobald der Nil die geeignete Höhe erreicht hat, beginnen wird, und daß die Operationen in diesem Jahre mit der Einnahme von Berber ihr Ende finden werden.

Die Mission, welche England nach Abyssinien geschickt hat, steht mit den Ereignissen, welche sich im Sudan abspielen, natürlich im engsten Zusammenhang. Die Engländer, als praktische Leute, wollten sich davon überzeugen, wessen sie sich bei ihrem Unternehmen vom Nil aus zu versprechen haben. Ob ihre Mission, wie sie behaupten, wirklich von Erfolg begleitet war, ist mehr als zweifelhaft.

Mag aber der Erfolg der englischen Mission gewesen sein wie er wolle, auch die in diesem Jahre bevorstehenden Operationen ist dies ohne Einfluß. Entweder hat der Negus, im Widerspruch mit den Traditionen seiner Politik, sich entschlossen, die englischen Bestrebungen zu unterstützen — was höchst unwahrscheinlich ist — dann wird die Expedition ohne jedes Hindernis ihr Ziel verfolgen, oder der Zweck der Mission ist ein verfehlter gewesen, in welchem Falle man sich ebenfalls beilen wird, die Operationen vorwärts zu treiben, um Kompensation vom blauen Nil her vorzubringen. —

### Amerika.

Washington, 3. Juli. Der Wortlaut der Antwort des Staatssekretärs Sherman auf den Protest Japans gegen die Einverleibung Hawai's ist heute veröffentlicht worden. Sherman erklärt darin, der Vertrag mit Hawaii enthalte nichts für Japan Nachtheiliges. Als vor 4 Jahren ein ähnlicher Vertrag Gegenstand der Erörterung gewesen sei, habe keine der im Stillen Ocean interessierten Mächte die Aufrechterhaltung des status quo in Anregung gebracht. Die Regierung der Vereinigten Staaten könne nicht zugeben, daß seitdem ein Anlaß zu einer solchen Anregung entstanden sei oder daß die Einverleibung Hawai's irgendwelche berechnete Interessen der Stillen-Mächte beeinträchtige. —

— Ueber die Lage auf Kuba wird nachfolgende Schilderung entworfen:

Die Lage hat sich für die Spanier nicht nur nicht gebessert, sondern bedeutend verschlimmert, besonders in den westlichen Provinzen, die bereits als „pacifizierte“ galten und in denen die Insurgenten doch immer noch als Herren schalten. Sehr schlimm sind die Zustände in der Provinz Habana. Die Insurgentenführer Kosta, Delgado und Krango machen den Spaniern viel zu schaffen und bringen ihnen in kleinen Schamäpeln empfindliche Niederlagen bei. Die offiziellen Berichte wollen natürlich von all dem nichts wissen, sie melden nur „Siege“ und immer wieder Siege, und wenn sie wirklich einmal, bei Noth gehorchend, von Verlusten der Spanier sprechen, suchen sie dieselben als ganz bedeutungslos hinzustellen. Dann kommt noch hinzu, daß die gesundheitlichen Verhältnisse im spanischen Heere sehr schlecht sind. Mehr als 20 000 Soldaten sind krank, zum großen Theile infolge der untrüglichen Hitze. In Habana sind mehr als 3000 Personen an der Ruhr erkrankt, welche epidemisch auftritt. Im Osten fordert das Sumpfsieber zahlreiche Opfer. Die Zahl der Krankheitsfälle ist in diesem Jahre doppelt so groß wie im vorigen. —

Hochinteressant ist nachfolgender Bericht, den ein spanisches Blatt, der „Graldo“ von einem Korrespondenten in Kuba erhält. Der Bericht ist um so werthvoller, als genanntes Blatt die Aufständischen mit echt spanischem Chauvinismus und Hidalgalstolz haßt und verachtet. Wir lesen da:

Die vier Westprovinzen sollen nach amtlichen Erklärungen des General Weyler vollständig beruhigt sein; obgleich der General diesen Erklärungen thatsächlich dadurch widerspricht, daß er in jenen Provinzen noch immer mit mehr denn einhunderttausend Mann operirt, während er in den nach seiner Meinung noch in vollem Aufbruch befindlichen Ostprovinzen nur 20 000 bis 30 000 Mann stehen hat. Der genannte Berichtsteller giebt die Zahl der Insurgenten in den vier Westprovinzen auf 8800 Mann an. Davon stehen 1500 in Pinar del Rio; sie sollen schlecht bewaffnet, ohne Mittel und schlecht geführt sein. In der Provinz Havana hatten sich 2000 Aufständische auf, die gut organisiert, gut bewaffnet und sämmtlich beritten sind. Matanzas sei diejenige Provinz, die am meisten beruhigt ist; die in ihr befindlichen Aufständischen werden auf höchstens 800 Mann geschätzt. Während in der Provinz Havana die Feuerdrücke noch an der Tagesordnung und die Aufständischen allgegenwärtig sind, sollen in Matanzas die Rebellen nur noch dem Hören nach existiren. In der Provinz Villas endlich steht der aufständische Generalissimo Ramirez Gomez mit 4000 Mann, die mit allem Erforderlichen reichlich versehen sind. Sie haben sich so gut in den Bergen eingerichtet und beherrschen dieselben so vollständig, daß sie sogar haben seen und ernten können; außerdem haben sie große Herden zur Verfügung.

Zwischen den vier Westprovinzen und dem Osten befindet sich bekanntlich die Trocha, die spanische Schanzensette, die dazu bestimmt ist, die Insurgenten des Ostens von denen des Westens zu

isoliren und gegenseitige Durchbrüche und Hilfeleistungen zu verhindern. Diese Trocha ist mit 8000 Mann spanischer Soldaten besetzt. Die Artillerie zählt 24 Krupp-Geschütze. Die Trocha besteht aus 66 zweistöckigen, mit Schießscharten versehenen Thürmen, zwischen welchen sich 66 Blockhäuser befinden, welche bald vorgeföhren sind, bald rückwärts ziehen, sodas ihre Befestigungen mit den Befestigungen der Thürme ein Kreuzfeuer unterhalten können. Außerdem giebt es noch 360 sehr hohe Aussichtsthürme, von welchen aus das Gelände bei Nacht durch Scheinwerfer auf eine Entfernung von 500 Metern beleuchtet werden kann. Die Manigua, das Tropengras, ist zwischen diesen Thürmen und Blockhäusern niedergebrennt oder abgemäht, um das Gelände übersichtlicher zu machen. Außerdem sind auf beiden Seiten des Geländes unzählige Wollgruben aus Draht hergestellt. Man hat nicht weniger denn 4500 Kilom. Draht verbraucht und eine halbe Million Pfesetas dafür aufgegeben.

In den Ostprovinzen Comaguez und Santiago hat nun Weyler fast gar nichts gethan. Sein Plan war, den Aufstand von Westen aus, von Pinar del Rio, schrittweise zu bekämpfen. Weiter als bis an die große Trocha ist er noch gar nicht vorgegedrungen. Jenseits derselben steht dem Insurgentengeneral Calixto Garcia ein Insurgentenkorps von 5000 Mann, von denen 600 beritten sind, zur Verfügung. Waffen, Munition, Hilfsmittel sind im Ueberflus vorhanden. Neben diesem großen Verband bestehen selbständig operirende Insurgenten-Abtheilungen von je 600, 400 und 200 Mann. In diesen Gegenden sind überhaupt alle Bewohner Rebellen. Diejenigen, welche nicht unter den Waffen stehen, begünstigen die Aufständischen in jeder Beziehung.

So bleiben denn in den „beruhigten“ Provinzen noch 9000 Aufständische, während der gesammte Osten der Insel, also ihr größeres und schwer zugänglicher Theil, vollständig in den Händen der Insurgenten ist, mit Ausnahme einiger besetzter Plätze. Der Arzt des kubanischen Obergenerals Gomez hat die Zahl der bewaffneten Kubaner auf 30 000 bis 35 000 angegeben.

Die bisherigen Verluste der Spanier berechnet der Bericht-erhalter für die zwei Jahre, welche der Aufstand bereits gedauert hat, in folgender Weise: Mit den ursprünglichen auf Kuba vorhandenen Garnisonen und den Nachschüben mag die spanische Armee auf 160 000 Mann gekommen sein. Von diesen sind vor dem Feind gefallen oder dem gelben Fieber und anderen Krankheiten erlegen 17 500 Mann; nach Spanien zurücktransportirt an Verwundeten, Kranken und Dienstunfähigen wurden 12 100 Mann; in den Hospitälern Kubas liegen 14 300 Mann; macht zusammen 43 900 Mann Verluste. Es bleiben übrig 116 100.

Die Tabaksernte, die man in früheren Jahren für die Provinz Pinar del Rio auf 560 000 Zentner berechnete, betrug im Jahre 1896 nur 135 000 Zentner und wird für das laufende Jahr voraussichtlich nur 25—30 000 Zentner betragen. — Das Defizit im Einnahmehaushalt der Insel ist auf 49 Millionen Pfesetas gestiegen. Die Kosten des Feldzuges belaufen sich monatlich auf 35 000 000 Pfesetas, diejenigen der an der kubanischen Küste beschaffigten Marine auf 3 000 000. Für Verwehrung des bürgerlichen Beamtenpersonals müssen monatlich 400 000 Pfesetas mehr als früher aufgewendet werden. Das macht also jährlich 462 Mill. Pfesetas Mehrkosten, für welche Spanien nur mit großer Schwierigkeit die Mittel beschaffen oder sie wenigstens nicht sofort beschaffen kann; so schadet es beispielsweise zur Zeit der kubanischen Armee nicht weniger denn ein Gehalt von sechs Monaten. —

Aus Havana wird vom 4. Juli telegraphirt: Insurgenten drangen in den Ort Santa Maria del Rosario bei Havana ein und plünderten daselbst die Kirche und die Magazine. Eine andere Schaar Aufständischer kam nach Camaguez; es entspann sich ein heftiger Kampf, an dem sich auch Kranke und Verwundete beteiligten. Die Insurgenten wurden zurückgeschlagen und verloren 6 Tode. —

## Partei-Angriffen.

Reichstags-Kandidaturen. Da es dem bisherigen Abgeordneten für Elberfeld, Waxmen, unserem Lampenproben Genossen Paxm, bedauerlicherweise nicht möglich ist, nochmals das Mandat anzunehmen, haben die Vertrauensleute des Kreises am Freitag einstimmig beschlossen, den hiesigen Abgeordneten für Hamburg I, Genossen Rosenbühr, als Kandidat für die nächste Reichstagswahl in Elberfeld-Waxmen zu empfehlen. Mit Ablauf seines Mandats hat Genosse Harn diesen Wahlkreis 14 Jahre lang im Reichstag vertreten. Wir bedauern sehr den Entschluß Harn's, kennen aber auch die schweren Opfer, welche das Mandat ihm auferlegt. Er hat im Reichstag alle Zeit seine Schuldigkeit gethan. Ein dauerndes parlamentarisches Denkmahl setzte er sich durch seinen Antrag auf Entschädigung der Familien der zum Militär Einberufenen — ein Antrag, der von der Regierung angenommen wurde und jetzt Reichsgesetz ist.

In der Rheinheimer „Volkstimme“ veröffentlicht Genosse Wedel das folgende: „An meine Wähler im Wahlkreis Straßburg i. G. Der Umstand, daß im Herbst im nächsten Frühjahr die allgemeinen Wahlen für den Reichstag stattfinden müssen, diese aber auch schon früher stattfinden können, veranlaßt mich zu folgender Erklärung: Als ich im Frühjahr 1895 als Vertreter für Straßburg in den Reichstag gewählt wurde, lehnte ich das Mandat für den ersten Hamburger Wahlkreis, der mich ebenfalls in den Reichstag gewählt hatte, ab, und zwar im Einverständnis mit meinen Hamburger Parteigenossen. Es handelte sich damals für uns in erster Linie darum, dem eben erst von uns gewonnenen Straßburger Wahlkreis eine Nachwahl zu ersparen. Bedingung für die Zustimmung meiner Hamburger Parteigenossen zu diesem Schritt war jedoch, daß ich bei den nächsten allgemeinen Wahlen zum Reichstag eine Kandidatur für Straßburg nicht mehr annähme, sondern mich auf die Kandidatur für den ersten Hamburger Wahlkreis beschränkte. Entsprechend diesem Uebereinkommen bin ich außer Stande, ferner eine Kandidatur für den Wahlkreis Straßburg anzunehmen zu können und habe deshalb schon vor einiger Zeit Veranlassung genommen, mit Hinweis auf diese Thatfache, meine Straßburger Parteigenossen zu bitten, einen andern Kandidaten auszustellen. In einer Konferenz, die darauf zu diesem Zweck am 20. v. Mts. an badischem Gebiete stattfand und der ich ebenfalls beiwohnte, wurde einstimmig beschlossen, den Straßburger Parteigenossen und Wählern die Kandidatur des Genossen W. Böhle in Straßburg zu empfehlen. Ich schließe mich diesem Beschlusse aus voller Ueberzeugung an. Böhle hat sich als tüchtiger Parteigenosse seit vielen Jahren bewährt. Durch das Vertrauen seiner sozialistisch gesinnten Mitbürger ist er bereits vor längerer Zeit in den Gemeinderath Straßburgs berufen worden und hat hier seinen Mann gestellt. Er ist ferner mit den eigenartigen Verhältnissen Straßburgs und Elsaß-Lothringens genau vertraut und wird deshalb, im Falle seiner Wahl in den Reichstag, auch dort seine volle Schuldigkeit thun. Meine Parteigenossen und ich werden ihn darin nach Kräften unterstützen, denn die speziellen Forderungen Elsaß-Lothringens auf Befestigung der Ausnahmefestgebung und volle Gleichberechtigung im Reich werden allezeit in uns entschiedene Vertreter finden. Unter bewandten Umständen bitte ich meine Parteigenossen wie meine Wähler im Wahlkreis Straßburg, auch ihrerseits die Kandidatur W. Böhle's für die nächste Reichstagswahl zu akzeptiren und das Vertrauen, das sie bei den Wahlen im Jahre 1893 mir entgegenbrachten, auf ihn zu übertragen.“

Als Kandidat für den bayerischen Wahlkreis Würzburg wurde am Sonntag in einer stark besuchten Parteiversammlung zu Würzburg einstimmig der Parteigenosse Dertel aus Nürnberg aufgestellt.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Aus Straßburg berichtet der „Elsässer Volksbote“: Bekanntlich wurde unser Vertrauensmann Genosse Genzen im März dieses Jahres zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten wegen Richterbelästigung, die derselbe auf der Parteikonferenz Straßburgs im Pfingsten 1896 begangen haben sollte, verurtheilt. Es wurde gegen dieses Urtheil Revision beim Reichsgericht eingeleitet. Der Termin fand am 21. Mai statt und wurde die Revision des Ge-

nossen Genzen verworfen. Am 28. Juni, also 3 Wochen darauf, nachdem das Urtheil der Strafkammer zu Straßburg vom März dieses Jahres rechtskräftig geworden war, wurde Genosse Genzen plötzlich wegen „Fluchtverdachts“ verhaftet, ohne vorher eine Anforderung erhalten zu haben, seine Strafe anzutreten. Man kann dieses Vorgehen der Behörde nicht recht verstehen, denn dem Genossen Genzen war schon seit fünf Wochen bekannt, daß das Urtheil rechtskräftig sei. Hätte er stehen wollen, so hätte er das leicht thun können; er hätte dann ja überhaupt auch die Reichsgerichts-Entscheidung nicht erst abzuwarten brauchen. Auch das Benehmen des Polizeigenossen bei der Verhaftung ist zu rügen. Dieser hat Genossen Genzen gefesselt von seiner Wohnung nach dem Gefängnisse transportirt. Auf den Einwand des Genossen Genzen, daß dies doch nicht nötig sei, da er nicht davonlaufen würde, antwortete der Polizist, daß sei seine Sache; er wolle nicht womöglich noch hinter ihm herlaufen. Straßburg hatte also das Schauspiel, den sozialdemokratischen Vertrauensmann am hellen lichten Tag gleich einem schweren Verbrecher gefesselt durch die Stadt transportirt zu sehen. In allen nicht verflochten Kreisen hat dieser Vorgang großes Aufsehen erregt. Ob die Herren vielleicht glauben, durch dieses Vorgehen andere Genossen kopschen zu machen? Da haben sie sich doch getäuscht. Alle, welche Zeugen dieses Vorganges waren und gesehen haben, wie der Genosse plötzlich aus seiner Familie gerissen wurde, haben im Innern den Schwur abgelegt, jetzt erst recht treu und unentwegt zur Partei zu halten, und so können wir hoffen, daß durch diesen Akt der Partei kein Schaden zugefügt wird, sondern daß dieselbe nur wachsen und erstarken wird. Der Sieg bleibt unser, trotz alledem und alledem!

— Die Magdeburger „Volkstimme“ soll durch den in Nr. 114 veröffentlichten Artikel „Gänge weg von Volksrechten!“ das Staatsministerium beleidigt haben. Der verantwortliche Redakteur, Genosse Vahle, wurde am Sonnabend vom Untersuchungsrichter vernommen.

— Vom Schöffengericht in Dresden wurde der Gastwirth der „Deutschen Eiche“ in Strießen zu 5 M. Geldstrafe verurtheilt, weil in seinem Lokale am Abend des 1. Mai eine Anzahl Mitglieder des Arbeiter-Gesangsvereins zu Strießen in zwangloser Weise einige Lieder gesungen und dazu nicht vorher die polizeiliche Erlaubnis eingeholt haben. Der polizeiliche Strafbefehl hatte auf 3 M. Markt gelautet.

— In Wahrenth wurde der Redakteur unseres Hoyer Partei-Blattes, Genosse Johann Zaubald, wegen Beleidigung des Pfarrers Böttcher von Schwarzenbach am Wald zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Er hatte in einem Artikel der „Oberfränk. Volkstimme“ dem Pfarrer u. a. den Vorwurf gemacht, daß er einem Arbeiter die Trauung verweigerte, weil die Gebühren nicht vorher entrichtet worden waren, was in der Verhandlung als unzutreffend erwiesen wurde.

### Zeit-Weissenfelder Bergarbeiter-Streik.

Unser Korrespondent schreibt: Der Zustand der Bergarbeiter ist als beendet anzusehen. Am Montag früh erfolgt auf sämmtlichen Gruben die Ansahrt. Leider ist nicht das durchgesetzt worden, was man erreichen wollte, das war aber nach den obwaltenden Umständen auch nicht zu erwarten.

Am Freitag Vormittag ist zwischen der Kommission der Bergleute und dem Landrath v. Richter verhandelt worden. Von den Grubenverwaltungen war niemand erschienen. Der Landrath ging die Forderungen der Bergleute nach einander durch und hielt dieselben nicht für durchführbar. Als dann aber seitens einiger Arbeiter die Forderungen detaillirt wurden, sagte er: „Ja, hört man Sie (die Arbeiter), denn haben Sie recht, und hört man die Herren Direktoren, dann haben die wieder recht. Die Schuld liegt auf beiden Seiten.“ Der Landrath rief dann der Kommission, die Wiederaufnahme der Arbeit einzuleiten, die Grubenverwaltungen würden darauf mit ihren Belegschaften selbst verhandeln und Abhilfe resp. Lohnerhöhungen einwirken lassen, wo es sich möglich machen lasse. Trotzdem die Kommission mit der Verhandlung nicht zufrieden war und dies auch dem Landrath gegenüber zum Schluß erklärte, sagte sie democh den einstimmigen Beschluß, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit zum Montag früh zu empfehlen.

Zu diesem Zwecke fanden sowohl am Freitag Abend wie auch am Sonnabend mehrere Versammlungen statt. Die erste am Freitag in Lützenau war überdell besetzt, sowohl von Streikenden wie auch von Bergleuten, die noch fortarbeiteten. Eine lebhaftere Diskussion entspann sich hier nach dem Bericht der Kommissionsmitglieder. Viele wollten die Ansahrt nicht eher vornehmen, als bis die Ausgeperrten eingestellt würden. Diese selber sprachen aber dagegen und erklärten, daß sie am Sonnabend nach Halle fahren würden, um persönlich mit dem Vergrath Schröder über ihre Entlassung zu sprechen. In der weiteren Diskussion wurde dann bekannt gegeben, daß nicht nur die drei Kommissionsmitglieder gemahregelt sind, sondern auch noch 6 Bergleute von Grube Großschän. Der Grund für die Entlassung dieser Leute wird darin gesehen, daß man sie, weil sie für den Verband thätig gewesen sind, schon lange los sein wollte, und die Entlassung machte sich nun um so leichter, als auf Grube Großschän nur etwas über 20 Mann die Arbeit einstellten, während über 150 Mann weiterarbeiteten. Von den übrigen nicht gemahregelten Leuten auf dieser Grube will aber keiner mehr ansahren. Man schritt nun zur Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit. Sie stimmten halten nur die Streikenden. Das Resultat war, daß 298 Mann für und 56 Mann gegen die Wiederaufnahme stimmten. Das Schicksal des Streiks war somit entschieden.

Auch die Versammlung in Lützenau am Sonnabend Abend sprach sich mit sehr großer Majorität für die Wiederaufnahme der Arbeit aus, ebenso die Versammlung in Zeitz an demselben Abend. Für letztere Versammlung kamen nur die Arbeiter der Grube „Neue Sorge“ in betracht, die vollzählig, soweit sie nicht schon angefahren waren, erschienen. Auch das Unterbeamtenpersonal unter Leitung des Inspektors Giesmann war anwesend. Der Berichterstatter der Kommission, der zu den ersten Gemahregelten gehört, theilte hier mit, daß ihre Reise am Vormittag nach Halle vergebens gewesen sei. Als Grund ihrer Entlassung sei ein Artikel des „Vollblatts“, betitelt „Vergrath und Bergmann“, angegeben. In diesem Artikel wird dem Vergrath Schröder vorgeworfen, daß er seinen Arbeitern gegenüber zuerst Versprechungen gemacht, diese nachträglich aber wieder zurückgezogen habe. Als Urheber dieses Artikels betrachte man die drei Gemahregelten, die vorher allein, als Kommissionsmitglieder der Grube Paul, mit dem Vergrath Schröder verhandelt hätten. Trotzdem nun alle drei erklärten, sie hätten mit dem Artikel nichts zu thun, wurden sie doch nicht wieder angenommen. Sie sollen vielmehr eine Erklärung im „Vollblatt“ veröffentlichen, worin jener Artikel als un wahr bezeichnet wird. Wenn das geschehen, will man über ihre Einstellung wieder verhandeln. Dazu können sich die Gemahregelten aber nicht herbeilassen und so haben sich die Verhandlungen zerschlagen. Die in Rede stehenden Zusicherungen sollen mit Ausnahme der Erhöhung der Schichtlöhne von 3 M. und 3,30 M. auf 3,30 M. und 3,50 M. nicht vom Vergrath Schröder, sondern vom Inspektor Winter gemacht worden sein. Der Berichterstatter neigte auch hier zu der Ansicht, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden solle, da nun doch nichts mehr zu erreichen sei, denn speziell auf Grube „Neue Sorge“ seien die meisten Streikbrecher des ganzen Reviers vorhanden. In der Diskussion wurde über das Aussehen der unteren Beamten gellagt, die dem Bergmann oftmals das Leben sehr sauer machen. Hierzu nahm der Inspektor Giesmann das Wort und führte aus, daß man ihm kein Mitsprechen solle, wenn irgend etwas nicht in Ordnung sei; er wäre dann gerne bereit, sofort Abhilfe einzutreten zu lassen. Im weiteren mußte er bemerken, daß auf „Neue Sorge“ die Schichtlöhne um 50 Pf. erhöht seien und zwar von 2,70 M. auf 3,20 M. für Wagenstieber und von 3 M. auf 3,50 M. für Säuer. Ebenso sei allen über Lage beschäftigten Arbeitern eine Zulage von 20 Pf. pro Schicht gemacht. Dann meinte der Inspektor, daß der Streik nicht von den Arbeitern gemacht, sondern daß von anderer Seite „militirt“ worden

fei. Ein Bergarbeiter widerlegte die letzten Ausführungen des Inspektors. Daraus wurde zur Abstimmung geschritten. Das Resultat war: 71 Stimmen für, und 19 Stimmen gegen die Annahme am Montag: Eine Resolution, welche die Unterföhrung der Gemahregelten verspricht, wurde einstimmig angenommen. Dann nahm Genosse Leopold aus Zeig das Wort, um auszuföhren, daß er zu dem Streik selbst öffentlich jetzt das erste Mal spräche. Er thue dies nur, einmal, um die Ausführungen des Inspektors Giesmann, anderntheils um die Andeutungen der gegnerischen Presse zu widerlegen, wonach die Sozialdemokratie die Urheberin des Streiks sein soll. Die Wahrheit sei, daß alle namhaften Genossen dieses Bezirks sich strikte gegen die Arbeitseinstellung ausgesprochen hätten, weil die Bergarbeiter sich nicht derartig organisiert und nicht vorgearbeitet hätten, wie es nöthig ist, wenn man etwas durchsetzen will. Redner ermahnte dann die Bergleute, treu zu ihrem Verband zu halten und tüchtige Mitglieder desselben zu werden, dann würden sie dereinst auch für sich Vortheile erringen können.

So ist denn wieder eine Bewegung beendet, die für kurze Zeit die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zog. Das harte Loos, das die Bergleute zu tragen haben, hat den Ausstand hervorgerufen. Die schwere Arbeit, die die Bergleute unter der Erde zu verrichten haben, der larme Lohn, der ihnen dafür gezahlt wird, und die oftmals sehr schlechte Behandlung seitens einiger Unterbeamten — das sind die Ursachen dieser Bewegung gewesen.

Bis zum Herbst vergangenen Jahres hatten die Bergleute sich nur schwer für die Organisation gewinnen lassen. Damals gelang es endlich, einige Filialen des Verbandes zu gründen. Diese wuchsen dann zwar zusehends an Mitgliedern, doch war die Organisation im Verhältnis zu den im Bezirk arbeitenden Bergleuten immer noch sehr schwach. Das dunkle Gefühl nach einer Besserstellung trieb aber auch die übrigen Bergarbeiter in den Verband, so daß in den letzten Tagen vor dem Ausstand weit über 1000 organisiert waren. Daß damit aber noch kein Streik gewonnen wird, das haben die Bergleute nicht bedacht, wie ihnen überhaupt die Erfahrung in diesem Punkte gefehlt hat. Sie haben sich darauf verlassen, daß sie in einigen Tagen siegen würden, und daß von der deutschen Arbeiterschaft genügend Unterföhungen eingehen würden. Sie beachtetten deshalb auch nicht die Warnungen unserer Genossen, die auf Grund ihrer Erfahrung nicht daran zweifeln konnten, daß unter solchen Umständen an einen Sieg nicht zu denken war. Aber nutzlos ist die Bewegung doch nicht gewesen. Nicht nur, daß die Bergleute zum Bewußtsein ihrer Interessen gelangt sind, sie haben auch eingesehen, daß wer ernten will, vorher säen und arbeiten muß; sie wissen jetzt, daß sie zu allererst ihre Organisation aufbauen und fähren müssen, wenn sie etwas erringen wollen. Und daß diese Erkenntnis bei der Mehrzahl der Bergleute plakgegriffen hat, das zeigte sich auch schon dadurch, daß die Mehrzahl nicht ungebekannt war über den geringen Zustuß von Unterföhungsgeldern; sie begriff vielmehr, daß es nach den obwaltenden Verhältnissen nicht anders sein konnte. Und dann ist auch in anderer Beziehung der Ausstand nicht nutzlos gewesen. Mehrere Grubenverwaltungen haben Lohnherabsetzungen eintreten lassen und es ist wahrscheinlich, daß die übrigen nachfolgen. Außerdem ist den Bergleuten zugeföhrt, daß überall Ausföhungen gewährt werden können, wo die Arbeiter es verlangen. Es liegt also an ihnen, sich selbst Leute zu wählen, die in bedachter, aber energischer Weise die Rechte der Arbeiterschaft jeder Grube wahrnehmen. Und wenn das geschieht, dann werden auch weitere Vortheile erreicht werden, oftmals ohne daß es zum Ausstand kommt. Die Grundbedingung ist jedoch das Festhalten an dem Verband. Dann muß und wird es anders werden.

Nach einer Wolffschen Depesche ist am Montag die Arbeit überall wieder aufgenommen worden.

Zum Schluß sei noch mitgetheilt, daß das Organ des Bergarbeiter-Verbandes, die in Bochum erscheinende „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, in ihrer Nummer vom 26. Juni über die Bergarbeiter-Bewegung in den Braunkohlenrevieren der Provinz Sachsen schrieb: „Wir rathen jetzt ab von einem Streik. Die Zeit ist jetzt sehr ungünstig für einen Ausstand. Man warte mit energischem Vorgehen bis zur Winterzeit und Sorge inzwischen für geschlossene Organisation. Wir müssen diesen Rath geben. Denn Braunkohlen können durch Steinkohlen ersetzt werden und werden ersetzt. Dann in jetziger Zeit ist nicht mehr auf Indifferenz unter den Unternehmern zu rechnen. Die Braunkohlengruben-Besitzer würden von den anderen Unternehmern unterstüzt und ein Streik ginge verloren. An eine thätfräftige Unterstüzung der Arbeiter in anderen Revieren ist bei dem augenblicklichen Stand der Organisation ebenfalls nicht zu denken. Dazu kommt, daß im mächtigsten Revier an der Ruhr die Bergleute in zwei Verbände gespalten sind. Es müssen die unternehmerfreundlichen Geistlichen aus den Bergarbeiter-Organisationen entfernt sein, ehe es möglich ist, die Interessen der Bergarbeiter mit Nachdruck zu fördern.“

## VII. Generalversammlung des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands.

Hamburg, den 4. Juli 1897.  
Die Versammlung findet statt in dem großen, festlich geschmückten Saale von Schwaff (früher „Große Bierhalle“) und wird von dem Zentralvorstand des Verbandes, G. Kellermann, eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Bericht über das verlossene Geschäftsjahr. 2. Bericht der Delegirten über den Stand der Mitgliedschaften. 3. Agitation. 4. Statutenberathung. 5. Organfrage. 6. Organfrage. 7. Kongreßfrage. 8. Wahlen und 9. Verschiedenes.

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 88 Delegirten, welche 81 Mitgliedschaften vertreten. Vertreten sind außer Hamburg-Altona noch folgende Städte: Bremerhaven, Bremen, Duisburg, Lehe, Lübeck, Kiel, Magdeburg, Mannheim, Rostock, Flensburg, Dresden, Danzig, Geseensünde, Schönbeck a. G. und Harburg. Vom Zentralvorstand sind anwesend Kellermann (1. Vorsitzender), Bandahl (2. Vorsitzender) und Will (Kassirer). Den Ausschuß vertritt Zeitmann-Lübeck, die Revisionskommission Warlich-Hamburg, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Begien-Hamburg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. U. a. wird beschlossen, die Verhandlungen der Generalversammlung gedruckt und in Buchform herauszugeben. Für die Delegirten werden 10 M. Diäten pro Tag festgesetzt und für die auswärtigen Delegirten wird Ersatz der Eisenbahnfahrt beschlossen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Den Jahresbericht verliest der Zentralvorstand Kellermann-Hamburg. Aus demselben ist folgendes hervorzuheben: Der Zentralvorstand hielt im vergangenen Jahre insgesamt 20 Sitzungen ab, und zwar 5 davon mit einzelnen Mitgliedschaften. Eine rege Agitation in allen Theilen Deutschlands hat gute Früchte getragen. Die Mitgliederzahl des Verbandes hat sich von 6010 auf 12558 erhöht. Fünf neue Mitgliedschaften mit zusammen 540 Mitgliedern sind dem Verbande beigetreten. Streiks sind nach dem Jahresbericht folgende geführt: Im Juli 1896 legten in Nordhausen die Getreide-Lagelöhner die Arbeit nieder. Diefelben verlangten statt des bisherigen Tagelohnes von 3 M. bei wöchentlichem Arbeitszeit eine stundenweise Bezahlung von 40 Pf., bei Sonntags- und Nachtarbeit 60 Pf. Der Streik verlief erfolgreich. In demselben Monat traten die Kohlenarbeiter von Lübeck wegen Lohnherabsetzung in den Streik ein. Infolge der guten Organisation und des festen Zusammenhaltens unterföhren die beteiligten Firmen die Forderungen der Kohlenarbeiter. Aus der Zentralkasse wurden demselben 50 M. bewilligt. Einen erheblichen Theil des Jahresberichts nimmt der Hamburger Streik ein. Nach einer biforischen Darstellung über Beginn und Verlauf des Streiks, die neues nicht bietet, folgt eine statistische Aufzählung über die strafrechtlichen Folgen, welche aus dem Streik resp. den rigorosen Maßnahmen der Hamburger Behörden den Streikenden gegenüber resultirten. Danach sind vom Tage der Beendigung des Streiks bis jetzt noch für Zubastirte, Gemahregelte,

an Anwalts- und Gerichtskosten u. s. w. 18 814,16 M. aufgewendet. Insgesamt fanden in 425 Fällen vor Gericht Verhandlungen statt wegen Verleumdung, Nöthigung, versuchter Nöthigung, Mißhandlung, Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung u. s. w. Davon wurde in 116 Fällen auf zusammen 26 Jahre 4 Monate und 1 Tag Gefängniß und in 225 Fällen auf zusammen 2855,50 M. Geldstrafe erkannt, während in nur 84 Fällen Freisprechung erfolgte. Gegen 25 Angeklagte wurde das Verfahren eingestellt, während gegen 26 Angeklagte eine Auflage überhaupt nicht erhoben wurde. Ein Angeklagter starb während der Untersuchung. Wegen verbotenen Sammelns wurden Streikenden 181 Strafmandate über je 10 M. zugestellt, während die Strafmandate wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen die Zahl 94 über je 10 M. erreichten. Zur Zeit befinden sich noch 26 Mann im Gefängniß, deren Familien mit 79 Köpfen eine Unterstüzung von 861 M. pro Woche beziehen. In der Berufungs- resp. Revisionsinstanz schweben noch 20 Fälle. — Der Jahresbericht führt dann aus, daß es dem Zentralvorstand des Verbandes sowie den sämtlichen Vorständen der verschiedenen Branchen, trotzdem sie in Erinnerung des Beschlusses der vorjährigen Generalversammlung und des Umstandes, daß weitaus der größte Theil der Hafenarbeiter unorganisiert gewesen sei, mit aller Energie gegen eine Arbeitseinstellung sprachen, nicht gelungen ist, den mit elementarer Gewalt ausgebrochenen Streik zu verhindern. — Die Hafenarbeiter Magdeburgs traten in diesem Frühjahr dreimal in einen Streik ein. Die ersten beiden Streiks verliefen zu gunsten der Streikenden, der letzte zu ungunsten derselben. Eine ganze Anzahl Arbeiter wurden gemahregelt, weil sie nicht aus der Organisation austreten wollten, was die Hafenverwaltung verlangt hatte. Der Delegirte von Bremen, Imhoff, bemängelt, daß im Jahresbericht der Streik der Bremer Schauerleute nicht aufgeführt ist. Schippmann-Altona bemängelt dasselbe in bezug auf den kurzen Streik der Kohlen-Afford-Schauerleute von Hamburg-Altona. Kellermann erklärt, diese Streiks seien deshalb nicht erwähnt, weil die Zentralkasse nicht dabei in Anspruch genommen und der Zentralvorstand nicht in Thätigkeit getreten wäre.

Den Kassenbericht erstattete der Hauptkassirer J. Will. Der Bericht umfaßt die Zeit vom 1. Juli 1896 bis 30. Juni 1897. Die Gesamteinnahme beträgt 88 559,94 M.; dazu Kassenbestand Ende Juni 1896 7616,98 M., macht zusammen 41 176,92 M. Demgegenüber steht eine Gesamtausgabe von 36 173,06 M., so daß am 30. Juni 1897 ein Kassenbestand von 5008,86 M. vorhanden war. Jedoch haftet dieser Bestand mit für die Schuldenlast, welche noch von dem großen Hamburger Streik her besteht. Von den bei der Verbandskasse eingegangenen Geldern wurden verausgabt: für Streiks in den eigenen Reihen 19 890,80 M.; für Druckfachen, als Mitgliedsbücher, Broschüren, Flugblätter u. s. w. 2479,75 M.; für Agitation 1180,30 M.; für Viehhe, Porto, Versammlung der Vorstandsmitglieder 1107,85 M.; für Gemahregelte anderer Gewerkschaften an Unterstüetzungen 708,25 M.; für Verwaltung, Licht, Heizung und Versicherung 105,98 M.; und schließlich für Rechtschutz (hierbei ist nicht der Rechtschutz einbezogen, der aus Gründen des Hamburger Streiks gewährt werden mußte) 198,50 M. Auf Antrag Warlich-Hamburg wird darauf die Versammlung bis Montag Morgen 8 Uhr vertagt, weil in einer halben Stunde der Festzug zum Gewerkschaftsfest beginnt. Die Debatte über den Kassenbericht, die voraussichtlich einige Zeit in Anspruch nehmen wird, findet deshalb morgen statt.

Hamburg, den 5. Juli 1897.  
Der Zentralvorstand Kellermann eröffnet die Debatte über den Kassenbericht. Verschiedene Redner bemängeln, daß Geldbeträge, die von ihnen gefandt, im Kassenbericht nicht aufgeführt sind. Es erklärt sich das dahin, daß diese Beträge zur Zeit des Streiks hier angekommen und für die Zentral-Schlichtungskommission gebucht sind. Der Obmann des Ausschusses, Zeitmann-Lübeck verliest mehrere Mitgliedschaften, deren Abrechnung keine genügende ist. Weiter heißt er einige Zerrhümer des Kassenberichts richtig.

Auf Antrag des Magdeburger Delegirten wird die Debatte abgebrochen und hierauf dem Hauptkassirer Rechenschaft erstellt.

Es erfolgt hierauf der Bericht der Delegirten über den Stand der Mitgliedschaften. Die Delegirten der Mitgliedschaft Schauerleute-Altona weisen die Versammlung auf die Gefahr hin, welche in derartigen Einrichtungen für die Arbeiter liegt, wie sie die Importeure englischer Kohlen mit Gründung der Spar- und Unterstüzungskasse getroffen haben. Der Delegirte von Bremen hebt hervor, daß im letzten Winter nach dem Streik keine Wahrgelungen von den Bremer Arbeitgebern vorgenommen sind. Der Delegirte von Duisburg berichtet, daß unter den Duisburger Arbeitgebern ein stillschweigendes Uebereinkommen bestehe, keinen Arbeiter in Arbeit zu stellen, der schon einmal einen Arbeitgeber beim Gewerbegericht verklagt habe. So werde selbst das Gewerbegericht den Arbeitern eine Gefahr, ihre Arbeit zu verlieren. Fast alle Delegirten berichten von behördlichen Schikanen gegen die Organisationen. Der Delegirte von Lehe theilt mit, daß die Kesselreiniger in Lehe, Geseensünde und Bremerhaven einen wesentlich höheren Lohn erhalten als in Hamburg. Während sie hier etwa 2 M. erhalten, erhalten sie in den genannten Ortschaften 3 M. und darüber. Der Delegirte von Bremen II berichtet, daß die Lohnverhältnisse im letzten Jahre besser geworden sind. Dasselbe kann der Delegirte von Bremerhaven I berichten, ebenfalls der Delegirte von Bremerhaven II. Jedoch theilen sämtliche Delegirte mit, daß in anbeacht des Umstandes, daß die Arbeit keine regelmäßige ist, der Lohn ein verhältnismäßig geringer ist und der Aufbesserung dringend bedarf.

Der Delegirte von Lübeck III theilt mit, daß für die Schauerleute die 9/10stündige Arbeitszeit bestehe und daß der Lohn 3,80 M. pro Tag betrage. Ueberstunden und Sonntagsarbeit würden mit 50 Pf. pro Stunde vergütet. Der Kieler Delegirte hebt hervor, daß die Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 7 Uhr währt. Der Arbeitslohn sei verschieden. Bei den bestehenden Affordföhren könne man einen Tagelohn bis zu 6 M. erzielen. Die Mitgliederzahl betrage 180. Der Durchschnitts-Jahreslohn eines Hafenarbeiters schwankt zwischen 800—1000 M. Der Duisburger Delegirte bezweifelt die Richtigkeit dieser Angaben. Der Magdeburger Delegirte schildert die Arbeits- und Lohnverhältnisse in seinem Heimatsort. Wie schon im Jahresbericht mitgetheilt, haben die Magdeburger mit ihrer Lohnbewegung gut abgeschnitten. Auch die Mitgliederzahl ist in die Höhe geschritten. Redner theilt noch weiter mit, daß, als ein Kollege, der 20 Jahre im Hafen beschäftigt war, gemahregelt worden sei, habe der Oberbürgermeister von Magdeburg erklärt, daß er Maßnahmen in städtischen Betrieben nicht dulde. Dem Kollegen sei dann aus städtischen Mitteln die Zeit seiner unfreiwilligen Ruhe mit 28 M. vergütet worden. Mehrere streikende Arbeiter sind wegen Verurtheilung z. angeklagt und verurtheilt worden.

Der Mannheimer Delegirte schildert die Verhältnisse in seinem Heimatsort in einem so roßigen Lichte, daß einige andere Delegirte die Angaben bezweifeln. Der Vorsitzende verliest hierauf einige Glückwunschtelegramme, worauf Mittagspause eintritt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

Achtung, Puker! Schon zu wiederholten Malen haben Gastwirthe in den verschiedenen Stadttheilen aus Geschäftsrücksichten angeklagt, daß Sonntags früh in ihren Lokalen Morgenveranstaltungen der Puker des betreffenden Stadttheils stattfinden. Der Vorstand der Zählstelle Berlin I Puker macht demgegenüber die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Morgenprache der Puker Berlins und Umgebung nur allein in der Brauerei von Gabriel und Jäger, Eingang Hebbellinerstraße, abgehalten wird, da alle übrigen Zusammenkünfte zwecks Austausch von Arbeitsgelegenheiten nicht den beabsichtigten Zweck erreichen, vielmehr eine Zerplitterung der Kräfte herbeiföhren und den Mitgliedern des Zentralverbandes den Besuch der Mitgliederversammlungen erschweren. Die Kollegen werden deshalb ersucht, derartigen Reklamen nicht Folge zu leisten. Der Bevollmächtigte der Zählstelle I.

An die Maurer Deutschlands! Wie unseren Berufscollegen bekannt sein dürfte, haben die Charlottenburger Maurer nach

14tägigem Kampf am 30. Juni die Beendigung geschlossen, da unsere Forderungen auf den meist... bewilligt wurden. Nimmehr haben die Unternehmer beschlossen, den zugestandenen Stundenlohn von 60 Pf. wieder zurückzugeben. Damit ist der Kampf aufs neue entbrannt und bitten wir die Kollegen, dafür zu sorgen, den Zugzug fernzuhalten. — Die Lohnkommission der Maurer Charlottenburgs, Bismarckstr. 74. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Zimmerer beschloßen gestern Abend in einer von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung: Heute (Dienstag) an alle Unternehmer die Forderung auf Bewilligung eines Stundenlohnes von 60 Pf. zu stellen, und, wo dieselbe nicht bewilligt wird, die Arbeit niederzulegen.

Die Hausdienter, Bäder und Kutfcher werden auf die heute Abend in den Arminhalden, Kommandantenstraße 20, stattfindende Versammlung, wo Genosse Georg Wagner über Volksbildung und Klassenbewußtsein referirt, aufmerksam gemacht. Der Vorstand des Verbandes aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Berlins. J. A.: Emil Puker.

An die Töpfer Berlins und der Umgegend! Kollegen! Heute, abends 7 Uhr, findet im Lokale von Nest, Weberstr. 17, eine öffentliche Töpfer-Versammlung statt, in der über die Verhandlungen mit dem Ausschuß des Zentralverbandes beühnter Ausschluß an den Verband Bericht erstattet werden soll. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen, gleichviel, welche Stellung sie zur Organisationsform einnehmen, ist dringend erforderlich. Die Delegirten des Ausschusses in Dresden, Kollege Drunsel und Fräßdorf, sind anwesend. Siehe auch Inserat der heutigen Nummer. Die Kommission.

Aus Bredang wird gemeldet, daß am Streik der Arbeiter der Grande-Werftgesellschaft von 900 Arbeitern 800 theilhaftig sind. Befordert wird für Zimmerleute eine Erhöhung des Tageslohns von 5 auf 6 Fr. und für Schmiede eine Erhöhung des Lohns von 3,25—4,50 auf 3,75—5 Fr.

Aus Mons in Belgien wird von bürgerlicher Seite berichtet: Die Kaufleute verweigern den streikenden Bergleuten jeden Kredit, da die Bergleute noch nicht alle Schulden abgetragen hätten, die sie während des allgemeinen Ausstandes im Jahre 1894 gemacht haben.

Ueber den Maschinenbauereistreik in London, der am Sonnabend ausbrach (siehe Tepeidtheil der Sonnabendnummer des „Vorwärts“) wird telegraphirt: Der Streik dürfte eine große Kalamität für den Schiffsbau werden, wenn er nicht in den nächsten Tagen beigelegt wird. Es würden dann wahrscheinlich 50 000 Mann die Arbeit niederlegen.

In den Kohlenrevieren von Pennsylvania, Ohio, Indiana, Illinois und West-Virginia in den Vereinigten Staaten von Amerika ist ein Bergarbeiter-Streik ausgebrochen, an dem ca. 250 000 Mann theilhaftig sein sollen.

## Unternehmer-Verbände.

Die vereinigten Glasermeister Stuttgarts und Umgebung zeigen durch Annonce dem Publikum an, daß sie „Verhältnisse halber“ gezwungen seien, eine Preiserhöhung durchzuführen.

## Soziales.

Die städtischen Behörden von Mainz gehen, wie man uns schreibt, mit der Ansicht um, einen Schwimmlerher anzuföhren, der den Zöglingen der städtischen Volksschulen unentgeltlichen Schwimunterricht erteilen soll.

Wir wollen hoffen, daß es nicht nur bei dem Plan bleibt, sondern daß er auch ausgeführt wird.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Böln, 5. Juli. (B. G.) Angesichts der neuen türkischen Einkleuger meldet die „Böln. Zig.“ aus London, unter den Votschafstern herrsche allgemeine Entrüstung, insofern dürfte die Lage vorläufig nicht zu ernst genommen werden. In den neuesten Schachzügen des Sultans und der Pforte sei zunächst nur ein leger Versuch zu erblicken, das Zusammenhalten des europäischen Kongresses zu erzwingen. Man zweifle nicht daran, daß angesichts der thätfräftigen Fortdauer der Einigkeit der Mächte endlich die Türkei eintrete.

Frankfurt a. M., 5. Juli. (B. G.) Die „Frankf. Zeitung“ berichtet aus Innsbruck: Bei dem großen Brande in Palming wurden 65 Häuser eingestürzt, 15 Häuser blieben erhalten. Der Schaden beträgt 240 000 Gulden. Verstorben ist nur ein Weib von 110 000 Gulden. Eine 52-jährige Taubstumme ist, obwohl sie schon zweimal in Sicherheit gebracht worden war, abermals in ihre brennende Wohnung gelaufen und verbrannt.

Frankfurt a. M., 5. Juli. (B. G.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Straßburg berichtet: Eine auf heute Abend anberaumte öffentliche Versammlung, in welcher Redakteur Sedl aus Offenbach über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation referiren sollte, wurde ohne Angabe von Gründen durch die Polizeibehörde verboten.

Udapest, 5. Juli. (B. T. B.) Aus Groß-Ranniza, Trencsin, Eippa, Leutschau, Siegedin und aus Slavonien werden Vorkleuger mit Hagelschlag gemeldet, welche großen Schaden verursachten. In Sajo-Karzinis ist der Fluß aus den Ufern getreten und hat 80 Häuser und den Bahndamm in einer Länge von 100 Metern fortgeschwemmt.

Prag, 5. Juli. (B. T. B.) Das „Prager Abendblatt“ meldet: In Prag fand gestern ein Fest des böhmischen Schiwervereins statt. Obgleich das Fest infolge behördlicher Unterföhung des Festzuges auf das Besedakal beschränkt war, ereigneten sich doch Uebertretungen vor diesem Lokal. Es sich die Stärke der Ortpolizei als ungenügend erwies, mußte Militär requirirt werden. Sieben Personen wurden verhaftet.

Prag, 5. Juli. (B. G.) Durch Blitzschlag ist das dem Oberstaatsmarschall Fürsten Georg Lobkowitz gehörige Schloß Rozdialow in Brand gesetzt und zum größten Theil eingestürzt worden.

Besgrad, 4. Juli. (B. T. B.) Der Verlauf der Wahlen ging überall in Ordnung und Ruhe vor sich. Wähler wurden in der Mehrzahl der Landbezirke gemäßigter Kandidaten gewählt. In Besgrad gaben bis 4 Uhr Nachmittags über 800 Wähler ihre Stimmen ab, wodurch bereits die Wahl Radikaler gesichert ist.

Paris, 5. Juli. (B. G.) Minister Panotang brachte heute Nachmittags in der Kammer ein Gesetzprojekt ein bezüglich einer Forderung von 500 000 Fr. für die Reise des Präsidenten Hauve nach Petersburg. Panotang verlas einen Theil des Briefes des Haren, in welchem es heißt: „Die lebhaften Sympathien, welche mein Reich mit dem befreundeten Frankreich vereinigen und die Geföhle, welche ich persönlich für Sie, verehrter Herr Präsident, hege, sind viel zu bekannt, als daß ich es nothwendig hätte, die Freunde zu melden, mit der Ihre Ankunft meinerseits und ganz V. H. Land entgegenzusehen wird.“ (Minutenlanger Beifall.) Während der Begründung wollten mehrere Sozialisten Unterbrechungen herbeiföhren, ließen aber angesichts der Begeisterung davon ab. Das Gesetz wurde der Budgetkommission überwiesen.

London, 5. Juli. (B. T. B.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Kapstadt wird die Krise in den Beziehungen zwischen der Regierung und den Richtern von Transvaal akut. Man erwarte, daß der Hauptrichter und zwei andere Richter ihre Entlassung nehmen werden.

Aus Rio de Janeiro wird den „Times“ von gestern berichtet, von einem Angriff, welchen die Regierungstruppen bei Canudos auf Conselheiro gemacht hätten, sei antlich nichts bekannt. Privatnachrichten zufolge seien drei Angriffe unter einem Verluste von über 1000 Mann zurückgeschlagen worden, doch sollten die Verluste Conselheiro's noch größer sein. Der Kampf zwischen Conselheiro und den Regierungstruppen dauere seit dem 27. Juni.

Ein Bild vom Berliner Bauschwandel.

Ein Prozeß, welcher das Wesen des Berliner Bauunternehmerthums in besonders kennzeichnender Weise beleuchtet, begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Aus der Untersuchungsbefragung, in der er sich seit 15 Monaten befindet, wurde der 36-jährige Bauunternehmer Hermann Stuy vorgeführt, ein Mann, dessen selbstständige geschäftliche Thätigkeit sich nur auf einige Jahre erstreckt, der es in kurzer Zeit aus nur geringen Anfängen bis zu einem Vermögen von einer halben Million brachte, mit dem es dann aber noch weit schneller bergab ging, bis der Strafrichter das leiche Wort zu sprechen hatte. Er steht unter der Anklage des betrügerischen Bankrotts und des wiederholten Betruges. Die Anklage weiß über sein Vorleben folgendes zu berichten: Der Angeklagte hat bei dem Holzhauermmeister Kuhn das Maurerhandwerk erlernt und dann eine Zeit lang in Halle und Berlin als Geselle und Polier gearbeitet. Er hat sich stets gut geführt. Im Jahre 1888, in seinem 26. Lebensjahre, begann er für seine eigene Rechnung zu bauen. Er will sich 4000 M. erspart haben und hierzu kommen noch 3000 M., die seine Frau mit in die Ehe brachte. Er begann mit der Erbauung des Grundstücks Hagelsbergstr. 37/38, welches Unternehmen er auch glatt zu Ende führte. Doch dann fing er an, den Ankauf, die Verbanung und Verwertung von Grundstücken in großartigem Maßstabe zu betreiben. Da ihm die kaufmännische Bildung fehlte, mußte er sich einen Buchhalter annehmen, der die Buchungen auch ordnungsmäßig vornahm und alljährlich vorschriftsmäßig die Bilanz aufstellte. Wie der gerichtliche Bücherrevisor berechnet hat, besaß Stuy Neujahr 1892 ein buchmäßiges Vermögen von 121 000 M., welches sich nach 2 Jahren auf 466 000 M. erhöhte, um bis Neujahr 1893 wieder auf 880 000 M. hinaufzusetzen. Diese Berechnung stimmt aber in wesentlichen Anpunkten mit der Angeklagten in seiner, aus Grundstücken und Hypotheken bestehenden Vermögensübersicht selbst angegeben hat und ist es fraglich geblieben, inwieweit diese Angaben den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Daß sie zu hoch bemessen waren, wird aus der Thatsache gefolgert, daß Stuy bereits im Sommer 1893 seinen Wechselverbindlichkeiten nicht mehr pünktlich nachkommen konnte. Im November desselben Jahres meldete Stuy seinen Konkurs an. Das Konkursverfahren ist noch nicht abgeschlossen, der Verwalter stellt eine Dividende von 4 pCt in Aussicht. Wie gewöhnlich bei derartigen Zusammenbrüchen waren vorwiegend Bauhandwerker die Leidtragenden, es haben etwa 100 dieser Gläubiger Forderungen von insgesamt etwa 200 000 M. angemeldet. — Wohl selten hat ein Bauunternehmer dem Grundbuchrichter so viel Arbeit gemacht wie der Angeklagte. Während er bei der Konkursanmeldung nur noch Eigentümer von acht Häusern war, hat er während seiner Bauthätigkeit 60 bewohnte Grundstücke in seinem Besitz gehabt. Er soll die meisten Grundstücke auf eine Weise „verschoben“ haben, worin die Anklagebehörde die Merkmale des betrügerischen Bankrotts findet. In den Jahren 1891/93 veräußerte er bei seinen Baugeschäften zum Teil in folgender Weise: Er erwarb unbebaute Grundstücke theils freihändig, theils im Wege der Zwangsversteigerung, um sofort dann seine Rechte aus dem Kaufvertrage an vermögenslose Leute abzutreten, welche ihm dafür Hypotheken einräumen mußten. Nachdem ihm dann das Recht auf die von den Banken zu zahlenden Bauscheine abgetreten war, bedauerte er die Terrains, um nach Fertigstellung der Bauten die Bauhandwerker mit einem Teil ihrer Forderungen unbefriedigt zu lassen. Die Anklage führt 18 derartige Fälle auf, von denen die Wiedergabe eines Falles genügen möge. Die Parzelle Eisbühlstraße 15 wurde am 4. Dezember 1891 von dem Eigentümer Schuster an den Bruder des Angeklagten, den Maurer Otto Stuy, verkauft. Der neue Besitzer ließ sofort für den Angeklagten Hermann Stuy eine Hypothek von 12 000 M. eintragen. Dann ließ Otto Stuy das Grundstück an einen Kaufmann Max Griefe au, welcher dann für den Angeklagten, der den Bau ausführte, im Juli 1892 drei Hypotheken in Höhe von 5000, 30 000 und 12 000 Mark bestellte. Am 16. März des folgenden Jahres wurde dem Angeklagten das Grundstück antichretisch verpfändet und am 8. November 1894 gelangte es zur Zwangsversteigerung. Hierbei fielen die für Stuy bestellten Hypotheken aus, er hatte dieselben aber bereits an Handwerker für Forderungen, die sie aus anderen Bauten an ihm hatten, zedirt. Die Handwerker waren somit die Geprüllten. Griefe soll nur eine vorgeschobene Person und völlig mittellos gewesen sein. Im Anfang des Jahres 1894 führte Stuy ein Wanderverkäufer aus, welches auf dem Gebiete des Bauschwandels noch nicht dagewesen sein dürfte. Angeblich um sein Geschäft zu vergrößern und um einen stets bereiten Abnehmer für seine Grundstücke zu haben, beschloß er eine besondere Gesellschaft zu gründen. Zu diesem Zwecke trat er mit dem Rentier Johann Ketzhaus, dem Kaufmann Alfred Kärnagel, dem Rentier Louis Müller und dem Maurermeister Konrad Stäber in Verbindung. Diesen Personen theilte er seine Absichten mit und überredete sie zur Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Angeklagte soll gewünscht haben, daß sämtliche Personen so gut wie gar kein Vermögen besaßen, denn sie hatten ihm ausdrücklich diesen Einwand entgegengehalten. Stuy beruhigte sie aber durch die Erklärung, daß sie nicht nötig hätten, bares Geld zu hinterlegen, er begnüge sich mit ihren Akzepten. Nach längeren Verhandlungen kam denn auch am 7. Dezember 1893 die neue Gründung, welche sich „Deutsche Handelsbank“ nannte, zu Stande. Als Zweck der Gesellschaft wurde der Betrieb und die Vermittlung von Handelsgeschäften jeder Art, sowie der Erwerb und die Veräußerung von Grundbesitz und Hypotheken angegeben. Das Stammkapital der Gesellschaft wurde von den Gründern auf 60 000 M. angegeben, es hat also jeder der Gründer vor Anmeldung der Gesellschaft eine Stammeinlage von 15 000 M. zu leisten. Zum alleinigen Geschäftsführer wurde der Rentier Louis Müller bestellt. Dieser meldete die Gründung der Gesellschaft beim Amtsgericht I an und gab dabei die Versicherung ab, daß die Vollzahlung des Stammkapitals in Höhe von 60 000 M. zu seinen Händen erfolgt sei. Daraufhin erfolgte die gerichtliche Eintragung. Thatsächlich hatte keiner der Gesellschafter irgend eine Barzahlung auf seine Stammeinlage geleistet, sondern jeder von ihnen hatte dem Angeklagten ein Akzept übergeben. Bald schied der eine, bald der andere Gesellschafter wieder aus, wobei sie einfach ihre Akzente wieder zurückerhielten. Der Bruder des Angeklagten, der Maurer Otto Stuy, wurde Geschäftsführer. Auch dieser trat bald wieder aus und im August 1894 nahm Hermann Stuy den Architekten Reinhard Behm und den Buchhalter Jakob Berkowich als Geschäftsführer mit dem Titel „Direktor“ an. So waren die beiden Gebrüder Stuy schließlich die einzigen Gesellschafter der Deutschen Handelsbank geworden, denn die Anklage behauptet, daß Behm und Berkowich nur willenlose Werkzeuge in der Hand des Angeklagten Stuy waren, die nur nach außen hin den „Direktor“ spielten, aber thatsächlich ohne die Zustimmung des Angeklagten nichts unternehmen durften. Stuy ließ sich von ihnen Generalvollmacht zur Vertretung der Gesellschaft ausstellen und hieron machte er dann den ausgiebigsten Gebrauch. Das Bureau der Deutschen Handelsbank und das Komtoir des Angeklagten Hermann Stuy befanden sich in einer und derselben Mietwohnung, so daß Uneingeweihte annehmen mußten, Stuy und die Deutsche Handelsbank seien geschäftlich nicht getrennt. Stuy soll sich auch vielfach in diesem Sinne geäußert und stets von „seiner“ Bank gesprochen haben. Nach Gründung der Deutschen Handelsbank verfuhr Stuy anders wie vorher. Während er früher seine Grundstücke an vermögenslose Personen aufgeben hatte, trat an Stelle der letzteren nunmehr die Bank. Wenn seine Häuser an die Deutsche Handelsbank aufgelassen waren, ließ er Restausgaben bzw. Hypotheken in beliebiger Höhe auf sich eintragen und schuf sich dadurch Wertobjekte, die er in dem

Verkehr bringen konnte. Die Bauhandwerker mußten nach dem ganzen Auftreten des Angeklagten annehmen, daß sämtliche Häuser, die von Stuy gebaut wurden, auch sein Eigentum waren, sie glaubten daher für ihre Forderungen genügend gesichert zu sein, sie hatten keine Ahnung davon, daß Stuy seine Häuser sofort an die Deutsche Handelsbank verschob. Die Anklage behauptet, daß alle Geschäfte, die Stuy mit der Bank abschloß, nur Scheingeschäfte gewesen sind, um seine Gläubiger irre zu führen und zu schädigen. Bei seiner Geschäftsgewandtheit mußte er schon im Juli 1893, als er mit Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte, eingesehen haben, daß der Zusammenbruch unvermeidlich war. Es wird angenommen, daß er die Gründung der Deutschen Handelsbank nur zu dem Zwecke ins Werk setzte, um nach Beendigung des vorläufigen Konkurses wieder in den Besitz der an sie überlassenen Vermögensgegenstände zu gelangen. Stuy soll sich nach Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen denn auch lebhaft bemüht haben, die Hineinziehung der Handelsbank in sein Konkursverfahren abzuwenden. Als ein Beweis dafür, daß alle Rechtsgeschäfte, die Stuy mit der Deutschen Handelsbank abschloß, nur als erdichtet anzusehen sind, wird folgender Fall angeführt: Am 24. April 1894 kaufte Stuy von dem Bankiers Simon Oppmann, Emil Salomon und Hermann Bachwitz ein in der Lustenstraße gelegenes unbebautes Grundstück zum Preise von 726 300 M., hiervon wurden 80 000 M. anbezahlt, der Rest durch Uebernahme von Hypotheken belegt. Der Angeklagte trat darauf sofort seine Rechte an die Deutsche Handelsbank für den Preis von 1 226 300 M. ab und dieser wurde dann das Terrain, nachdem es in 11 Teil-Grundstücke zerlegt worden war, von den Vorbesitzern ausgelassen. Auf den einzelnen Parzellen wurden bei der Auktion für den Angeklagten Hypotheken im Gesamtbetrage von 500 000 M., theils als Darlehen, theils als Restausgabeforderung eingetragen. Stuy behauptet dann diese Grundstücke im Auftrage der Deutschen Handelsbank. Die Bauscheine hierzu gewährte die Preussische Hypothekendarlehens-Veränderungs-Gesellschaft, die Rechte auf die Erhebung der Bauscheine wurden aber von der Deutschen Handelsbank an den Angeklagten cedirt. Bei der thatsächlichen Verschmelzung der Deutschen Handelsbank mit dem Angeklagten konnte es nicht ausbleiben, daß auch diese Gesellschaft in das Stuy'sche Konkursverfahren hineingezogen wurde. Aber die Ausfichten der Gläubiger waren auch nach dieser Richtung hin sehr trübe. Als Aktiva sind nur etwa 7000 M. vorhanden, denen eine Schuldenlast von etwa 250 000 M. gegenübersteht. Aus allen diesen Thatsachen schließt die Anklage, daß Stuy von vornherein die Absicht gehabt hat, seine Gläubiger zu benachteiligen. Für den Rentier Müller hat seine Thätigkeit als Gründer noch üble Folgen gehabt. Er wurde wegen Vergehens gegen das Aktiengesetz unter Anklage gestellt und kürzlich von der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurtheilt. Stuy ist nun außer wegen betrügerischen Bankrotts und wiederholten Betruges beschuldigt, den Müller zu der von ihm begangenen Straftat angezettelt zu haben. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Voigt, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Dr. Eger, die Verttheidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Felix Meyerstein und Dr. Sello. Der große Schwurgerichtssaal vermag die geladenen Zeugen und Sachverständigen kaum zu fassen. Bei dem Umfang der Sache sind 4 Tage für die Verhandlung in Aussicht genommen. Der Angeklagte bestritt seine Schuld. Er will keine betrügerische Absicht gehabt haben, sein Geschäft habe sich so rasch entwickelt, daß er genöthigt gewesen sei, viele Umsätze in Grundstücken zu machen. Schließlich sei ihm das Geschäft über den Kopf gewachsen. Er habe sich redlich bemüht, seinen Verpflichtungen den Handwerker gegenüber gerecht zu werden. Daß bei den Subhastationen von Grundstücken einige Hypotheken ausgefallen seien, sei doch selbstverständlich. Die versteigerten Grundstücke seien erheblich unter dem Berthe erkauft worden. Die Geldbefolgung habe große Opfer erfordert, auch die Agenten hätten viel geschuldet. Er habe nicht wissen können, daß die Leute, denen er Grundstücke auslieh, mittellos gewesen, denn die Auskünfte, die er über dieselben eingeholt habe, hätten günstig gelautet. Auch bei Gründung der Deutschen Handelsbank will der Angeklagte nicht von betrügerischen Absichten geleitet worden sein.

lokales.

Schlechte Rechner sind die Kassenmänner der vorjährigen Gewerbe-Ausstellung. Die „Schlußabrechnung“ der Berliner Gewerbe-Ausstellung weist eine Gesamtannahme von 5 999 708 M. und eine Gesamtausgabe von 7 683 286 M. auf. Die Eintrittsgelder brachten etwa 3,3 Millionen, die Platzmiete der Aussteller 0,98 Millionen, die Verpachtungen 1,135 Millionen Mark. Die Lotterie hat nur 250 000 M. gebracht, da von den acht Serien, die dem Arbeitsauschuss zu je 500 000 Vooßen beabsichtigt bewilligt worden waren, nur drei Serien verkauft werden konnten. In der Gesamtannahme ist auch der Zuschuß der Stadt Berlin mit 800 000 M., sowie der Beitrag des 1879er Ausstellungsfonds mit 58 000 M. enthalten. Diesen Einnahmen stehen Ausgaben von insgesamt 7 683 286,18 M. gegenüber. Hier zeigen sich im Verhältnis zu dem Etats-Voranschlage vom 22. Februar 1896, der nur eine Gesamtausgabe von 2,9 Millionen Mark vorsah, recht bedeutende Ueberschreitungen. Allein die Gebäude, welche nach dem Etats-Voranschlage nur 1 800 000 M. lohen sollten, erforderten mehr als das Doppelte, nämlich 3 700 000 M. Hierbei ist noch zu erwähnen, daß nach dem Voranschlage der Abbruch der Gebäude 25 000 M. bringen sollte; statt dessen hat der Abbruch 60 000 M. gekostet. Für Gartenanlagen waren im ersten Staatsentwurf 25 000 M. angenommen, während die Auslagen thatsächlich 290 000 M. gekostet haben. An Schaltern und Ebnen sind 350 000 M. verausgabt worden statt der anfänglich vorgesehenen 150 000 M. Die Musik hat 99 000 M. Kosten erfordert und stellt damit eine von den wenigen Positionen dar, in denen die thatsächlichen Ausgaben hinter dem Voranschlage zurückgeblieben sind. 860 000 M. hat die elektrische Beleuchtung, welche im ersten Staatsentwurf überhaupt nicht vorgesehen war, gekostet, 180 000 M. die Wiederherstellung des Treptower Parks. In der Position „Allgemeines und Unvorhergesehenes“ sind 400 000 M., in einer weiteren Position „Extra-Unvorhergesehenes“ 310 000 M. in Ansatz gebracht. Die Architekten haben ein Honorar von 100 000 M. erhalten. Aus den Schlüsseln der Einnahme und Ausgabe vom 16. Juni cr. ergibt sich ein Fehlbetrag von genau 1 683 578 M. 24 Pf. Der Arbeitsauschuss rechnet aber noch hierzu weitere Ausgaben, die in Sicht sind, für Abbrucharbeiten, für ein „Ausstellungs-Verichtswert“, für Projektkosten, sowie für die noch ausstehenden Rechnungen, und normirt deshalb den Fehlbetrag auf 1 900 000 M. — Da der Arbeitsauschuss glaubt, von den Garantiefonds in Gesamtbetrage von 4 460 000 M. nur mit einem Betrage von 3 800 000 M. rechnen zu können, so ergibt sich für die Garantiefondszeichner ein Zuschuß von 50 pCt. der geschätzten Beträge. Bekanntlich sind die Geschäfte der Gewerbe-Ausstellung zur Zeit noch nicht erledigt. Die Abbrucharbeiten sind nach dem Bericht des Arbeitsauschusses noch nicht beendet, Rechnungen für Bauten stehen noch aus, Prozesse schweben noch, auch will der Arbeitsauschuss für ein „Ausstellungs-Verichtswert“ noch 20 000 M. ausgeben, im ganzen sind noch Geschäfte, deren Geldwerte sich auf circa 220 000 M. belaufen, abzuwickeln. Möglicherweise reichen die 50 pCt. noch garnicht, wobei in betracht gezogen werden muß, daß manche Garantiefondszeichner auch noch erhebliche Zahlungsschwierigkeiten machen werden.

Von der neuen Baupolizei-Ordnung. Dem Polizeipräsidenten ist jetzt die Erklärung des Magistrats über den diesem zur Zu-

stimmung vorgelegten Entwurf einer neuen Baupolizei-Ordnung zugegangen. Der Magistrat habe im Anschluß an den von der Stadtverordneten-Versammlung gefaßten Beschluß eine Reihe von Aenderungen in Antrag gebracht, bezüglich des wichtigsten Paragraphen, welcher die Bestimmungen über die Bebaubarkeit der Grundstücke enthält, hat der Magistrat beantragt, falls die von ihm in erster Linie befürworteten Vorschläge, wie solche von der Stadtverordneten-Versammlung gewünscht worden, nicht vorgenommen werden sollten, die vorgezeichneten Zonenmaße derart zu ändern, daß die Bebauung zu 1/2 für die innere Stadt und von 1/3 für die äußere in der Weise zu einer durchschnittlichen gemacht werde, daß dies Maß ungefähr bei den Grundstücken mittlerer Tiefe Platz greift. Diese mittlere Tiefe beträgt in der inneren Stadt 46 m, in der äußeren 59 m. Vom Belle-Alliance-Theater. Die Polizei war dieser Tage mittheilung genaug, den geschädigten Mitgliedern des verfallenen Theaters das Spielen auf Theilung zu gestatten. In der Hoffnung, daß ihnen, den auf die Straße geflohenen Künstlern und Künstlerinnen, die Sympathie des Publikums sicher sei, gingen sie zu den Herren Sternheim und Bruchhoff, um sich die Erlaubnis zur Benutzung des leerstehenden Theaters einzuholen. Aber die Herren Eigentümer waren ärgerlich, daß sie keine polizeiliche Konzeption erhalten hatten und weigerten sich nun beharrlich, den geschädigten Kunstproletariern die Bühne zur Verfügung zu stellen. So wurde bei den Betroffenen auch die letzte Hoffnung auf Hilfe oder Rettung zu nichte. Es sei noch bemerkt, daß die Besitzer zu einem wesentlichen Theil selber die Schuld daran tragen, daß das Theater verfallen ist. Die Pachtsumme, welche aus den Direktoren Maurice und Häfeler herausgezogen wurde, betrug anfangs jährlich 75 000 M., später 60 000 M. Es wird gesagt, daß eine solche Summe selbst bei guten Einnahmen viel zu hoch ist, um dies Theater auf den Beinen zu halten, und das Belle-Alliance-Theater war meist täglich besetzt. Wo gegenwärtig eine Krise besteht, die vorab doch wohl nicht dahin führt, daß für diese Bühne geordnete Zustände wiederkehren, und wo ferner davon die Rede war, daß der Theaterraum einer gründlichen Renovierung unterzogen werden soll, mag es wohl angebracht sein, darauf hinzuweisen, daß der erste Rang in diesem Hause eines erhöhten Schutzes gegen Feuergefahr bedarf. Soweit wir die Räumlichkeiten kennen, ist an beiden Seitenflügeln oben kein einziger Notausgang vorhanden; und die beiden hölzernen Treppen, die von der Stagesseite zum Rang hinauf führen, muß man im Vergleich mit den Einrichtungen mancher neueren Theater geradezu bedenklich nennen. Namentlich die Treppe, von der linken Seite — eine Art Wendeltreppe — ist bei gefülltem Hause in jeder Beziehung ungenügend. Wir glauben nicht allein im Interesse des Publikums, sondern auch im Interesse der Besitzer zu reden, wenn wir die Herren ausfordern, rechtzeitig an einen Umbau zu denken. Dr. Bruno Wille in Graz verhaftet! In Graz ist von der österreichischen Polizei der frühere Sprecher der freireligiösen Gemeinde, Dr. Bruno Wille, am Sonntag verhaftet worden. Am Sonntag hatte er im „Verein Konfessionsloser“ eine Rede über „Religion“ gehalten. Infolge einer angeblich scharfen Ausäußerung Wille's löste der Polizeikommissar die Versammlung auf und ließ den Saal durch die Wache räumen. Am Sonntag wurde Bruno Wille verhaftet und ins Landesgericht eingeliefert. Der Verein wurde aufgelöst. Ueber einen tödtlich verlaufenen Fall von Vergiftung mit chlorsaurem Kali, dem populären Gurgelmittel bei Halsentzündungen aller Art, berichtet in der letzten Nummer der Berliner „Klinischen Wochenschrift“ Dr. Paul Jacob, Assistent an der Bergischen Klinik. Der Fall betrifft eine 30-jährige Bäckerin Gertrud A., welche in selbstmörderischer Absicht 25 Gramm des gefährlichen Salzes in einer Drogenhandlung erkauft und zu sich genommen hatte. Trotz aller Bemühungen der Ärzte erlag die Patientin der vorhergehenden Einwirkung des Mittels, welche besonders in der Forderung des Blutes ihren Grund hat. In die wissenschaftliche Erörterung des traurigen Falles knüpft Dr. Jacob die in den letzten Jahren schon häufiger ausgesprochene Mahnung, das chlorsaure Kali weder in der inneren Medizin noch als Gurgelmittel zu verwenden; letzteres namentlich nicht in der Kinderpraxis, weil die kleinen Patienten nur zu häufig die Spaltöffnungen herunterzuschlucken; denn eine Reihe von Mittheilungen zeigt zur genüge, daß das Kali chloricum, auch in geringen Dosen genommen, stets ein schweres Blutgift darstellt, und daß, wenn nach Einnahme kleinerer Dosen auch nicht Letzt der Tod, so doch eine schwere Nierenentzündung sehr häufig entsteht. Am rathsamsten wäre es daher nach der Ansicht des Verfassers wohl, ein Verbot darüber zu erlassen, das chlorsaure Kali im Handverkauf abzugeben, und den Drogenhändlern das Verkaufrecht dieses gefährlichen Giftes ganz zu unterlagen. Wie das Kapital sich konzentriert. Unter der Firma „Kumulatoren- und Elektricitäts-Werke Aktiengesellschaft“ vormals W. A. Böse u. Co. in Berlin“ sind die Fabriken von W. A. Böse u. Co. in Berlin, der Süddeutschen Elektricitäts-Gesellschaft Augsburg, W. A. Böse u. Co. in Augsburg, sowie der W. A. Böse u. Co. in Augsburg, welche in Altbadm an eine unter Mitwirkung der Bank für industrielle Unternehmungen und des Bauhauses W. A. Herg in Frankfurt a. M. mit drei Millionen Mark gebildete Aktiengesellschaft übergegangen. Der Betrieb der Geschäfte geht schon vom 31. Dezember 1896 ab für Rechnung der neugebildeten Aktiengesellschaft, die gleichartigen Unternehmungen der Firma W. A. Böse u. Co. in Oesterreich-Ungarn und Frankreich-Belgien sind in diese Transaktion nicht einbezogen. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrathes wurden gewählt: Alfred Weinschenk, Frankfurt a. M., Firma W. A. Herg, Vorsitzender; Ingenieur Otto Philipp-Berlin, stellvert. Vorsitzender; Karl Schard, Direktor der Bank für industrielle Unternehmungen, Frankfurt a. M.; Oberbaurath Otto Schmidt, Stettin; Kommerzienrath Wilhelm Reichel, Augsburg. Die Leitung bleibt unverändert in den Händen der bisherigen Inhaber Böse u. Hergfeld. — Leider haben die Arbeiter bisher lange nicht so energisch wie die Kapitalisten nach der guten Lehre gehandelt, daß auch ihr Interesse dringend den Zusammenfluß in aktionskräftiger Organisation erfordert. Im Männerasyl des Berliner Asylvereins für Obdachlose nächstgigen im Monat Juni 18 458 Personen, im Frauenasyl 2225 Personen. Arbeitsnachweis wird vom Verein erbeten für Männer Wiesenstraße 55/56, für Frauen Fästlerstraße 5. Ein heftiger Sturm brauste am Sonntag bis in die späten Abendstunden über Berlin. Der sehnächtig erwartete Regen blieb jedoch aus, wenn es auch hier und da etwas tröpfelte. Das Wetter war jedoch von einer empfindlichen Kühle begleitet, sodas der Aufenthalt im Freien, zumal das Eisen in den Sommergärten gerade nicht verlockend war. Im Thiergarten hat der Sturm arg gehauet, Weg und Steg waren mit abgerissenen Ästen und frischem Laub bedeckt. In unserer Mittheilung über das unerhörte Benehmen einiger Restaurateure in der Nähe der Brandstätte theilen uns die Herren Rieder, Chaussestr. 83, Kühne, Chaussestr. 79, Mayer, Chaussestr. 78, Giebel, Bogenstr. 40, Riegel, Bismarckstr. mit, daß sie im Gegentheil zu anderen Wirthen die Preise ihrer Speisen und Getränke während des Brandes nicht erhöht haben. Wir glauben es den genannten Herren schuldig zu sein, von ihrer Mittheilung Notiz zu nehmen. Vergiftet hat sich am Sonntag der praktische Arzt Dr. Julius Nathan aus der Kurfürstenstraße 20. Es heißt, daß der 40-jährige Mann, der als Junggeselle lebte, an Verfolgungswahn litt. Vererbt vor acht Tagen soll er verurtheilt haben, sich mit einem Rasirmesser zu tödten.

In erschienen versuchte sich gestern Mittag der 50 Jahre alte Holzarbeiter L. aus der Söhlenerstraße 79. Er wurde in hoffnungslosem Zustande nach der Charitee gebracht.

**Einem Selbstmordversuch beugung am Sonnabend** Abend der 28 Jahre alte Biergasser Wilhelm Schmol aus der Friedrichstraße 134, nachdem er stellunglos geworden. Ein Arzt hatte ihm als Schlafmittel Opiumtropfen verschrieben. Diese trank Sch. auf einmal aus, doch wurde sein Beginn rechtzeitig bemerkt und durch Anwendung von Gegenmitteln sein Leben gerettet. — Durch Wittermandel hat sich die 60jährige Wittve Dorothea Liedtke in a n u getödtet, die in der Eisenbahnstr. 15 bei ihrem Schwiegerohn, dem Schlosser Labeth, wohnte. Schwere körperliche Leiden veranlaßten die Greisin, die bei ihren Angehörigen eine liebevolle Pflege genoss, zum Selbstmord. Im Krankenhaus Bethanien ist sie den Wirkungen des Giftes erlegen.

**Selbstmordversuch wegen erlittener Vergewaltigung.** Am 4. d. M. sprang die 17 Jahre alte unverheiratete Näherin Martha W. an der Torfstraßenbrücke in den Kanal, wurde aber alsbald wieder herausgezogen. Sie behauptet den Tod gesucht zu haben, weil ihr unmittelbar vorher von zwei unbekanntem Männern in der Haide bei Plöhsensee Gewalt angethan worden sei. Einer der von ihr beschuldigten und unter Beschrei verfolgte Männer ist in der Person des 37 Jahre alten Arbeiters Friedrich W. Müllerstraße wohnhaft, von dem in Plöhsensee stationierten Gendarm festgenommen worden.

**Von einem Chinesen** wurde am Sonntag Nachmittag ein etwa achtjähriger Knabe aus dem Wasser gerettet, der beim Spielen am Lohwäuser die Bösung hinabgefallen war. Der Chineser, der den Vorgang von der Straße aus beobachtet hatte, legte blühnseinen seinen Schirm aus der Hand und sprang dem Knaben nach. Als er den Jungen glücklich gepackt und aus Ufer gebracht hatte, lief dieser weinend in schnellen Schritten davon; der brave Retter aber setzte sich, als ob nichts geschehen wäre, mit seinem vom Wasser trefsenden langen Kleider in eine Droschke und fuhr schnell nach Hause.

**Beim Abbruch eines Schornsteins** auf dem Grundstück Rothwäuser Nr. 44 stürzte der Schornsteinfegermeister Häßler vom Dache etwa 7 Meter tief hinab und zog sich einen Schädelbruch zu. Der Fangtritt, mit dem er sich während der Arbeit angebunden hatte, ist aufsteigend durch die eiserne Verankerung des Schornsteins geschnitten worden.

**Ein aufregender Vorfall** spielte sich an einem der letzten Abende auf dem Bahnhofsplatz ab. Als ein Zug nach Berlin abfuhr, kam im letzten Augenblick noch eine Mutter mit zwei Kindern im Alter von etwa 3 und 4 Jahren gelaufen, um mitzufahren. Der Zug hatte sich schon in Bewegung gesetzt, die Frau aber schob in aller Eile noch ein Kind in ein Abteil hinein und glaubte, auch mit dem anderen noch nachkommen zu können. Daran wurde sie jedoch der Gefahr wegen gehindert und auf der anderen Seite hielten die Fahrgäste das Kind zurück, ebenfalls damit es nicht in Gefahr komme. So wurden Mutter und Kind getrennt.

**Erschossen hat sich** am Sonnabend Morgen im Thiergarten der 23 Jahre alte Schlächter Gustav N. u. d., der zuletzt in Charlottenburg beschäftigt gewesen sein soll. Pferdewaldfabrikant, die zum Dienste gingen, fanden ihn in der Nähe des Spielplatzes bei Kroll's Etasblissement in seinem Blute schwimmend. Neben ihm lag ein sechs-läufiger Revolver, der noch mit fünf scharfen Kugeln geladen war. Was N. in den Tod getrieben hat, war nicht zu ermitteln.

**Auf der Flucht vor der Polizei** verunglückt ist gestern, Sonntag, nachmittag gegen 8 Uhr der 33 Jahre alte arbeitslose Tischler Eduard Seidenberg auf dem Grundstück Kasanien-Allee 58. Seidenberg, der fleißig verfolgt wurde, hielt sich in diesem Hause unangemeldet auf. Das war der Polizei bekannt geworden und gestern Nachmittag begaben sich zwei Schutzmänner in das Haus, um sich des Besuchten zu versichern. Als Seidenberg keinen anderen Ausweg mehr sah, befestigte er an einem Fenster des zweiten Stockwerks eine Leine, um sich daran hinabzulassen und so das Versteck zu gewinnen. Er hatte sich jedoch verrecknet; die Leine reichte nicht bis auf die Erde und der Flüchtling stürzte aus beträchtlicher Höhe auf das Pflaster hinab. Mit einer Verletzung der Leine und des Kreuzes blieb er unten liegen. Die Polizeibeamten bemächtigten sich nun seiner und brachten ihn zunächst mit einer Droschke in ein Krankenhaus.

**Die zehn Berliner Unfallsstationen** wurden im Monat Juni dieses Jahres in 1670 Fällen gegen 1884 in demselben Monat 1896 für erste Hilfe in Anspruch genommen, 1435 Mal bei Unfällen und 235 Mal bei plötzlichen Erkrankungen. In den Stationen wurden 1549, außerhalb der Stationen 121 Personen behandelt.

**Die Direktion der Treptow-Sternwarte** theilt uns mit, daß gegenwärtig auf die Venus von 2-4 Uhr nachmittags sehr günstig durch das Niesenterrain zu beobachten ist.

**Die Spreewald-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“** veranstaltet auch in diesem Sommer während der Schulferien sogen. billige Ferien-Exkursionen nach den schönsten Punkten an der Oberspreewald und Dahme zu dem mäßigen Preise von 50 Pfennige pro Person für die Hin- und Rückfahrt. Die Abfahrt erfolgt nachmittags 1 1/2 Uhr ab Jannowischer Restaurant Bellevue. Die Rückfahrt von den einzelnen Stationen erfolgt gegen 8 Uhr abends, so daß die Schiffe gegen 10 resp. 10 1/2 Uhr abends in Berlin ein treffen.

**Straßensperrungen.** Die Friedrichstraße von der Fischerstraße bis zur Perlestraße wird behufs Erneuerung des Ufer-Bohrwerks von 6. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Die Landgrafenstraße von der Kurfürstenstraße bis zum Kreuzdamm der Widmannstraße wird behufs Anpflasterung von 5. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Die Gerichtstraße von der Kolbergerstraße einschließlich Kreuzdamm bis zur Hochstraße wird behufs Anpflasterung von 6. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Die Kesselfstraße von der Händelstraße bis zum Hansplatz wird behufs Anpflasterung von 7. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Orgelkonzert.** Der Orgelchor in der Marienstraße Mittwoch, den 7. Juli, mittags 12 Uhr, wird durch Frau Odens-Dampfhäuser, Herrn Opmsinger Albert Hecker und Herrn Arthur Wöden unterstützt. Zur Aufführung kommen Kompositionen von Bach (A- moll Choralium, Choraleopisiele), Mendelssohn (Sechse Sonate, Arioso aus Elias), Zöpfer (Sopra), Süßberg (Viel) und Diemel (Pastorale, Vaterunser). Der Eintritt ist frei.

### Aus den Nachbarorten.

**Schneeberg.** Verein der Kunstfreunde. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Vortragabend in den Sommermonaten ausfallen. Die geplante Landpartie findet am Sonntag, den 11. Juli, nach Schildhorn statt. Treffpunkt Bahnhof Oberstraße, früh 9 Uhr. Der Vorstand.

**Der Umzugstermin** scheint in den Vororten nicht ganz belanglos gewesen zu sein. In Charlottenburg haben bereits einige Tage vor dem 1. Juli Massenabwanderungen zur Erreichung höherer Mieten, namentlich in den in der Nähe der Bahnhöfe gelegenen Häusern stattgefunden. Die Mietsteigerungen betragen etwa 20 pCt. der bisherigen Miete. Die Mietsteigerungen sind aber nicht von den Mietern angenommen, denn in wenigen Tagen haben sich die Eingänge der bewohnten Häuser dicht mit Vermietungsforderungen bedeckt.

**Ueber eine schauerliche That** wird aus Potsdam berichtet: Am Sonnabend Abend traf dort in dem Gasthof „Zur Stadt Wittenberg“ in der Leipzigerstraße ein etwa 35 Jahre alter Herr mit seinen zwei Knaben, im Alter von 11 und 8 Jahren, ein. Als der Fremde am Sonntag Vormittag nicht mehr zum Vorschein kam, betrat man sein Zimmer. Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick. Auf dem Sopha lagen, je in einer Ecke, die Leichen der beiden Knaben, während der Vater mit geöffnetem Pulsadern blutüberströmt an der Erde lag. Der Befund ergab, daß die beiden Knaben anscheinend an Vergiftung gestorben, während der Vater noch Lebenszeichen von sich

gab. Er wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht und es soll Aussicht vorhanden sein, ihn am Leben zu erhalten. Auf den Tisch hatte der Schwerverletzte einen Zettel gelegt, auf dem er mittheilte, daß Anverwandte von ihm kommen würden, um alles in Ordnung zu bringen. Am Sonntag erschien denn auch ein Herr aus Berlin, an welchen der Fremde Brief geschrieben hatte, und agnoszirte ihn als einen Bureau-Assistenten Gelfert aus Berlin. Familienerwägungen sollen das Motiv zu der unseligen That sein.

**Ueber das räthselhafte Verschwinden** der kleinen Martha Wahrendorf aus Spandau, dem nachmalig ein Zufuhrort zu grunde liegt, gehen uns die nachfolgenden näheren Mittheilungen zu: Die 11 jährige Stieftochter des Arbeiters Thüner, Martha Wahrendorf, deren Vater in Brandenburg a. d. Havel lebt, hatte am Mittwoch Mittag gegen 1 Uhr wider den Willen der Mutter die Wohnung des Pflanzers verlassen, um mit einigen Kindern aus der Nachbarschaft an dem Wasser der Havel zu spielen, woselbst gegen halb 4 Uhr ein Boot landete. Der Insasse des Fahrzeuges, ein junger Mann von etwa 20 Jahren, der elegant gekleidet war, forderte die Kleine, sowie die ebenfalls in der Kömerstr. 8 wohnende 11 jährige Klara Syd auf, in das Boot zu steigen und mitzufahren. Dieser Vorgang ist von verschiedenen Personen beobachtet worden. Das grün gekleidete Boot wurde nun von dem Ruderer stromaufwärts nach Valentinswerder zu getrieben; in der Nähe der Spandauer städtischen Bade-Anstalt, unweit des Schützenhauses, wollte die 2. aussteigen, und nach ihrer Angabe ist auch der Fremde thatsächlich an das Ufer herangefahren. Da sich aber an jenem Nachmittag in der Gegend viele Personen aufhielten und diese, soweit bis jetzt festgestellt, von der Landung eines derartigen Bootes nichts bemerkt haben, so scheint sich die Kleine in bezug auf die Vertheilung, wo sie ausgehoben, zu irren. Nur soviel ist sicher, daß das Boot, in welchem die 2. mit dem Fremden verblieb, in der Richtung nach Nischendorf weiterfuhr. Von diesem Augenblicke an fehlt von beiden jede Spur. Die Nachforschungen der Kriminal-polizei in Spandau und Umgebung über die Herkunft des Nachens, welcher, wenn er gefentet, unbedingt schon gefunden sein müßte, bei den Bootverleibern haben so viel ergeben, daß der Rahn sein Miethsboot gewesen sein kann. Da aber auch Schiffer sich ausschließlich ungetrichener Boote bedienen, so kann es sich nur um ein Fahrzeug handeln, das Privat-Eigentum ist. Das verschwundene Mädchen ist in einer seinem Alter entsprechenden Mittelgröße; es war bekleidet mit einer graublauen Blouse mit kurzen Puffärmeln, graugrünen Kleide und grauem Unterrock. Strümpfe und Schuhe hatte die Kleine zu Hause gelassen.

**Die Feilschende** auf dem Artillerie-Übungsplatz zu Spandau ist vorgestern Nachmittag fast vollständig ausgebrannt. Kinder, welche in der Nähe des Platzes mit Streichhölzern spielten, hatten das Feuer veranlaßt, welches bei dem starken Winde mit großer Schnelligkeit um sich griff. Der Spritzenzug der Militär-Feuerwehr war in kurzer Zeit zur Stelle und nahm den Kampf gegen das Element auf, unterläßt von der Spandauer Feuerwehr, welche ebenfalls sofort alarmirt worden war. Es gelang, das Feuer auf den Herd zu beschränken, doch ist die Schmelzwerkstatt fast völlig zerstört.

### Gerihts-Beitung.

**Ein Offizier und sechs Mann** — nämlich der Vorstand des 91. Polizeiregiments und sechs denselben angehörende Schutze — waren gestern vor die 144. Abtheilung des Schöffengerichts zitiert, um Zeugniß abzulegen gegen den Schankwirth Meyer aus der Reinkindendörferstraße 57b, der nummehr zum 15. Male angeklagt war, gegen die Verordnungsverordnung vom 10. Oktober v. J. dadurch verstoßen zu haben, daß er den straßenwärts gelegenen Eingang seines Geschäfts an Sonn- und Festtagen während der Kirchenstunden nicht geschlossen habe. Es erfolgte, wie in den früheren Fällen Freisprechung, da dem Angeklagten ein vorwiegendes Aussehen von Brautwein nicht nachzuweisen war. Wie groß wohl die Zahl der Polizeibeamten sein, welche bei Ermittlungen von Kapitalverbrechen, z. B. bei dem in dortiger Gegend verübten Feilischer Morde aufgeboten wird, wenn schon bei solchen geringfügigen Sachen sieben Beamte dem regulären Sicherheitsdienste während mehrerer Stunden entzogen werden? —

**Wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung** hatte sich der Spielwaarenfabrikant Verthold Lewy zu Nizdorf vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Es wurde ihm zur Last gelegt, Kinder unter 14 Jahren über 6 Stunden täglich in seiner Fabrik beschäftigt und jugendlichen Arbeiterinnen nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Lansen gewährt zu haben. Diese Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft wurde gelegentlich einer Revision seitens des Gewerbe-Inspektors festgestellt und zur Anzeige gebracht. Der Angeklagte ersuchte sich mit Unterkauf der bezüglichen Gesetzesbestimmungen und führte an, sein Vorgänger habe dies jahrelang so gehandelt. Das milde Urtheil lautete auf 20 M. Geldstrafe event. 4 Tage Gefängnis.

**Abenteurerlust** hat den 16jährigen Kaufmannslehrling Richard Dreyer auf die Klugebank gebracht. Infolge der Bekümmernisse von Indiangeschäften beschloß der junge Mensch, nach Amerika auszuwandern, um es dort den Helden seiner Geschichten gleichzutun. Um sich Waffen u. s. w. beschaffen zu können, entwendete er seinem Lehrherrn, dem Kaufmann Müller zu Rosenbergl, ein halbes Jahr lang täglich einige Groschen aus der Ladentafel. Während der Pfingstferien machte er sich auf den Weg nach Hamburg, um sich dort als Schiffsjunge anwerben zu lassen, worauf er kaufte er mehrere Schuhschrauben, Munition und eine Anzahl Tolkmesser. Zu Fuß kam er bis nach Lauenburg, wo seine Mittel erschöpft waren. Die Anstrengungen der Wanderfahrt änderten aber seinen Sinn und so beschloß er, wieder nach Hause zu wandern. Seinen Lebensunterhalt verschaffte er sich dabei durch Betteln. Eines Nachts wurde er in Nizdorf ohne Nachsehen aufgegriffen und zur Haft gebracht. Auf Grund seiner Angaben wurde er nun wegen Diebstahls und Bettelns unter Anklage gestellt. Vor dem Nizdorfer Schöffengericht wiederholte er sein Geständniß. Mit Rücksicht auf seine Jugend erkannte der Gerichtshof auf einen Verweis.

**Ein schwerwiegendes Urtheil** hat das Handelsgericht in Witten a. d. M. gefällt. Ein bei der Jesuobstrix Firina Kirchbauer u. Siebrecht thätig gewesener Reisender hatte ein Konventionengeschäft in Jerslohn errichtet und zwar trotz kontraktlicher Abmachung, daß er einer Konventionallrate von 3000 M. verfallte, wenn er sich innerhalb dreier Jahre etablierte. Das Gericht ging über die stipulirte Konventionallrate weit hinaus und verurtheilte den Beklagten zu 5000 M. Strafe.

**Ueber einen Gotteslästerungsprozess** wird uns aus Leipzig berichtet: In einer am 4. April in Wörsch abgehaltenen öffentlichen Schuldnersversammlung griff der 30 Jahre alte Dandarbeiter Hermann Paul Böbel nach einem Vortrag über die christliche Religion in die Debatte ein. Er soll sich dabei einer Gotteslästerung schuldig gemacht haben. Das Landgericht Leipzig verurtheilte ihn zu einem Monat Gefängnis.

### Gewerkschaftliches.

#### Deutsches Reich.

#### Organisirten Arbeiter der Textilindustrie aller Länder!

Liebe Kameraden! Der Tag des dritten internationalen Textilarbeiter-Kongresses naht heran. Nie hat ein Kongreß für die Arbeiterklasse unseres Berufs eine größere Wichtigkeit gehabt als der, welcher vom 9. bis 14. August d. J. in Roubaix abgehalten werden soll. Eine Menge Gewerkschaften, sowohl in Frankreich, wie in England, Deutschland, Belgien, Holland, Dänemark, Spanien, Oesterreich, Italien, der Schweiz und sogar in Amerika haben ihre Zustimmung zum Kongreß eingekandt. Nach reiflicher Erwägung schlägt nun das unterzeichnete Komitee vor, die Tagesordnung wie folgt festzusetzen:

1. Eröffnung des Kongresses und Prüfung der Vollmachten der Delegirten durch eine Kommission; 2. Kasernenbericht des internationalen Sekretariats, Bericht der Delegirten über den Stand der Textilindustrie ihrer Gegend und über ihre Verbindung mit dem internationalen Sekretariat; 3. Welche Arbeiterkategorieen besetzen zur Zeit in den verschiedenen Ländern und wie werden sie angewendet? Wünsche betreffs neuer Gesetze und welche Mittel sind anzuwenden, um sie zu erlangen? 4. Festsetzung von Bestimmungen für das Verhältnis der einzelnen Textilarbeitergewerkschaften zum internationalen Verband; Wahl des Sitzes des internationalen Sekretariats; 5. Prekariatsangelegenheiten; 6. Bestimmungen über den nächsten internationalen Kongreß.

Diese Tagesordnung erscheint uns ausreichend, um alles das zu erörtern, was auf dem Kongreß zu besprechen vortheilhaft und praktisch ist. Kameraden, wir bitten nochmals um eure eifrige Mitwirkung an dem großen Werke, das wir unternommen haben. Wir erlauben uns, die Gewerkschaften, die mit ihrer Zustimmung zum Kongreß noch zögern, an das Wort zu erinnern: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann einzig durch die Arbeiter selbst verwirklicht werden. Keiner von uns wird bestreiten, daß allen Leidenden, allen Opfern der heillosen Zustände der jetzigen Gesellschaft die Pflicht auferlegt ist, überall und immer fest und einig zusammenzuhalten. Kameraden, wir sind überzeugt, daß die Textilarbeiter keines Landes die Pflicht der Theilnahme vernachlässigen werden, und daß wir sie alle am 9. August in Roubaix vertreten sehen.

Es lebe der internationale Zusammenhalt!

Für das Organisationskomitee:

Der Ehrenpräsident Henri Carotte,

Bürgermeister von Roubaix,

Der Generalsekretär E. Vailloul,

Gemeinderath-Mitglied.

**Handlungsgehilfen-Blatt.** Unter diesem Titel hat der auf der Leipziger Konferenz kürzlich gegründete Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands am 5. Juli ein eigenes Blatt herausgegeben. Es erscheint am 5. und 20. jedes Monats und wird den Mitgliedern unentgeltlich geliefert. Verleger und verantwortlicher Redakteur ist G. Segnig in Altona; gedruckt wird das Blatt bei Auer u. Ko. in Hamburg.

Der Vorstand des Zentralverbandes hat sich wie folgt konstituirte: Vorsitzender: G. Segnig, Altona, Waterloosr. 36. Schriftführer: M. Josephsohn, Hamburg, Grindelal. 11. Kassirer: H. Seybold, Grindelallee 163. Beisitzer: E. Kohn und G. Koch. Alle Zuschriften, die Verwaltung betreffend, sowie Geselbendungen sind an M. Josephsohn, Hamburg, Grindelal. 11, zu adressiren.

**Aus Kiel.** Die Nachricht über den Streik auf der Eisengießerei der Kieler Schiffsverwerft entsprach nicht ganz den Thatfachen. Die Sache verhält sich so: Von der Leitung der Werft „Gowaldsverwerft“ war für die Hilfsarbeiter der Eiserei ein Aufseher eingestellt worden, der sich so wenig mit den Arbeitern verständigen konnte, daß schon am zweiten Tage zwei Arbeiter entlassen werden sollten. Daraufhin legten sämtliche Hilfsarbeiter (keiner war organisiert) die Arbeit nieder und verlangten Entlassung des Aufsehers und 8 M. Lohn. Dem Wunsch nach Entlassung des Aufsehers kam die Werkverwaltung nach, worauf die Arbeiter, bis auf einige, die sich nach anderer Arbeit umgesehen hatten, einer nach dem andern wieder zur Arbeit zurückkehrten. Dieselben erhalten nun 8 Mark Lohn. Im Ganzen waren vielleicht 12-15 Mann betheiligt.

**Aus Glastadt** wird uns geschrieben: In dem Baugeschäft von Eggert u. Witt ist am Sonnabend Morgen von sämtlichen Maurern, Zimmerern, Tischlern und Bauarbeitern die Arbeit niedergelegt, weil die Geschäftsinhaber sich weigerten, den Architekten Lonnex, mit dessen Anträgen die Arbeiter schon seit langer Zeit unzufrieden waren, zu entlassen.

**Die Gewerkschaften Hamburgs**, 70 an der Zahl, feierten am Sonntag zum ersten Male ein Gewerkschaftsfest. Die Polizeibehörde hatte, wie schon häufig, der Arbeiterchaft einen Festzug mit aufgestellten Fahnen freigegeben. Trotz regnerischen Wetters versammelten sich etwa 25 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf freiem Platze in der ehemaligen Vorstadt St. Georg und nachdem binnen kurzer Zeit ein dreitheiliger Festzug arrangirt war, bewegten sie sich unter dem Klange von Arbeiterweisen und unter Vorantragung einer sehr großen Anzahl Fahnen und Banner nach dem Festplatze auf der Viktoria-Festwiese in Barmbeck. Die Genossen Pantuch und u. C. M. hielten hier, wo sich nach und nach etwa 50 000 Personen eingefunden hatten, Ansprachen, worin sie auf die Bedeutung von Arbeiterfesten hinwiesen.

**In Düsseldorf** sicken seit 1. und 2. Juli circa 150 Zimmerer wegen Ablehnung ihrer Lohnforderung im Streik.

**In Magdeburg** hat der Vorsitzende der Dötkcherinnung dem Vorsitzenden der Dötkcher-Verbandsräthe unter Ehrenwort erklärt, daß die Meister vom Montag ab den Feiertagstag bewilligen würden, sobald die Gesellen die Sperre aufhoben, die über die Endauische Holzfabrik verhängt war. Da die Dötkcher dieses Betreibes auf ihre Wiedereinstellung verzichteten, hat der Vorstand der Verbandsräthe dem Vergehen entsprochen. Der Zug nach Magdeburg ist für Dötkcher also wieder freigegeben.

**Aus Erfurt** berichtet die Thüringer Tribüne in ihrer am Sonnabend erschienenen Nummer: Nach sechswochigem Kampfe schloß der Konflikt im Maurerwerk einer friedlichen Lösung entgegenzugehen. Heute früh haben die Kommissions-Verhandlungen begonnen. Wenn auch bis zum Mediations-Schlichter ein positives Resultat noch nicht erzielt worden, so ist doch als sicher anzunehmen, daß eine Waise geschaffen wird, auf welcher, ohne daß beide Parteien sich etwas vergeben, eine Einigung sich erzielen läßt.

**In Weimar** dauert der Streik der 26 Arbeiter der Meyer'schen Zigarrenfabrik ununterbrochen fort. Unterstützungen sind zu senden an Joh. Hemrich, Friedrichstr. 8.

#### Ausland.

**Die Ausperrung der dänischen Maschinbauer und Schmiede** dauert fort, nachdem die in der vorigen Woche in sechs Zusammenkünften gepflogenen Unterhandlungen der Vertreter der Unternehmer und Arbeiterverbände resultatlos verlaufen sind. Von den Arbeitern wird verlangt, daß der Lohnkampf in Odense und Slagelse, welcher den Anlaß zur Ausperrung gab, durch ein Schiedsgericht geregelt werden soll. Ferner suchen die Arbeiter eine Befestigung des bisherigen Zustandes, wonach Affordarbeiter, welche den Afford (freiwillig oder gezwungen) nicht fertigstellen, nur Stundenlohn erhalten. Diese gemäßigten Forderungen der Arbeiter sind von den Unternehmern strikte abgelehnt worden, da man den Kampf bis zur Verwirklichung der künftigen Organisation der Arbeiter führen will. Auch die gleichzeitige Ausperrung der Former nimmt immer größere Dimensionen an. Bis Freitag, den 23. Juni waren 217 Former ausgeperrt; Sonnabend, den 26. Juni folgte die Schließung einer weiteren Zahl von Eisereien, denen der noch verbleibende Rest in den nächsten Tagen folgen soll. Das Angebot der Fabrikanten, weiterzuarbeiten, jedoch aus dem Formerbund auszutreten, ist selbstverständlich von den Formern zurückgewiesen worden, so daß in wenigen Tagen die Mehrzahl der dänischen Former auf der Strafe liegen wird.

Zwischen ist die Kartellierung der Unternehmerverbände aller Gewerbe weiter fortgeschritten und hat bereits dazu geführt, daß in Odense 200 Textilarbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt wurden. Das Gleiche ist den im Bau-gewerbe Beschäftigten angedroht worden. Man glaubt hierdurch mit einem Schlag der ganzen Arbeiterbewegung den Garaus machen zu können, und ist das Ende des Kampfes noch gar nicht abzusehen. Das Unternehmertum bleibt sich eben überall gleich und so haben sich auch die deutschen Metall-industriellen mit den dänischen „Küdnemännern“ solidarisch erklärt, so daß zur Zeit alle aus Dänemark nach Deutschland kommenden Metallarbeiter auch aus sämtlichen Werken des organisierten deutschen Unternehmertums ausgeschlossen sind.



# Achtung! 4. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, den 8. d. M., bei Keller, Koppenstr. 29:  
**Große Volks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Die Sozialdemokratie und die Landtagswahlen in Preußen. Referent: Paul Singer. Diskussion.  
Die Vertrauensleute.

# Achtung! V. Wahlkreis! Achtung!

Donnerstag, den 8. Juli cr., abends 8 Uhr:  
**Öffentliche Partei-Versammlung**  
im Alten Schützenhause, Lindenstrasse 5.  
Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung des Abgeordneten R. Schmidt über die verflochtene Reichstags-Session. 2. Abrechnung der alten Vertrauensleute. 3. Abrechnung von der Partei.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen; ein jeder hat am Platze zu sein.  
Die Vertrauensleute.

# Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlungen.**  
Für Gesundbrunnen: im „Victoria-Garten“, Badstr. 12.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Die verschiedenen Formen des Klassenkampfes.“ Referent: Genosse **Glocke**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Berichtendes. [24/6]  
Für Moabit: im „Moabiter Klubhaus“, Wesselftr. 9.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Der Kampf ums Dasein. Referent: Genosse **Mücke**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Berichtendes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

# Achtung! Berggolder. Achtung!

Samstag, den 11. Juli 1897:  
**Familien-Ausflug nach Waidmannsluft**  
zum Kollegen **Heine**.  
Abfahrt vom Nordbahnhof 7 Uhr 45 Minuten. Treffpunkt daselbst 7 Uhr 30 Minuten. — Für Nachzügler 12 Uhr 35 Minuten nachmittags.  
Um rege Beteiligung erucht Die Kommission.  
Freunde und Wänner sind freundlich eingeladen. [22/2]

# Allgem. deutscher Tapezirer-Verein.

**Mitglieder-Versammlungen**  
Zentrale Säden: Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Zubell**, Lindenstr. 106.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Leo Schmidt**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. [17/10]  
Zentrale Norden: Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Buske**, Grenadierstr. 33.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abg. **F. Zubell** über: Das Anhangsgesetz. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Bitte willkommen. Die Ortsverwaltungen.

# L. Ziehung d. 1. Klasse 197. Nat. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 5. Juli 1897, Samstags.  
Für die Gewinne über 40 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.  
(Ohne Gewähr.)  
63 133 204 480 533 818 47 68 [1023] 121 329 90 548  
60 61 638 894 2155 354 58 551 746 [1001] 901 3098 153  
299 339 452 654 776 85 893 920 4077 [300] 97 175 249  
60 892 815 82 966 [100] 79 5/13 63 136 [100] 418 76 630  
[300] 95 608 874 433 411 78 84 716 27 33 81 834 976  
7079 256 334 61 69 [150] 429 57 26 618 703 8029 286  
339 72 76 532 47 61 99 633 899 931 71 9066 90 141  
212 31 87 [300] 75 99 [200] 357 459 50 590 611 13  
10002 64 [100] 2/6 [100] 824 [121] 350 [150] 68  
716 952 [1214] 447 511 606 9 767 815 55 [300] 60 91  
991 [13057] 108 73 303 490 596 14306 60 149 200 376  
493 576 640 777 824 75 979 15032 335 428 35 44 578 905  
10101 73 82 244 65 [150] 343 436 641 784 863 [17054]  
71 [100] 81 186 391 456 563 629 950 [100] 82 [4810] 7  
69 231 314 67 618 34 670 97 711 925 [19022] 97 231 63  
363 450 583 694 98 900 10 55  
30046 107 520 844 989 [1902] 26 301 476 695  
740 897 920 329111 355 93 680 725 94 920 23214 76  
315 55 [100] 418 30 540 629 46 95 965 [24043] 299 867  
498 522 38 92 6/16 16 810 40 99 923 43 [28016] 61 807  
75 446 666 99 780 818 [20229] 155 89 501 3 495 71  
2706 65 175 410 96 538 609 [100] 972 [25074] 125 40  
56 445 500 73 675 898 [20046] 262 332 83 498 606 892  
587 [150]  
60010 428 789 813 900 [8190] 584 814 43 937 60  
20013 127 216 27 32 348 541 [100] 672 [33-40] 156 207  
74 95 448 77 84 83 828 915 [34019] 115 49 87 488 682  
68 727 62 [100] 927 [35011] 237 285 483 95 98 567 98  
612 69 [100] 786 848 997 [36375] 425 34 43 99 789 847  
83 971 [37121] 388 94 451 587 699 807 70 [38072] 100 47  
227 951 569 394 [39077] 143 247 333 606 18 40 762 42 [100]  
40004 21 49 274 416 592 674 90 841 90 974 [41096]  
185 [100] 211 469 38 551 778 [42079] 162 63 466 630 40  
705 914 95 [43070] 272 301 97 493 587 676 724 41 50  
802 [44043] 53 228 54 75 303 98 486 94 543 670 922 59  
45403 572 651 777 815 992 [46225] 65 177 427 542 71  
663 94 704 65 80 90 960 82 [47006] 123 63 415 89 527  
80 612 70 872 906 48010 77 327 417 91 777 851 [40432]  
669 634 81 702 30 949  
60022 38 151 83 883 95 403 76 [100] 708 11 12  
851 63 912 16 37 51040 92 280 304 58 74 423 518 47  
910 23 [500] 529 49 64 348 435 65 773 84 [100] 947  
99 59017 335 474 560 431 77 60 88 550 [100] 82 676  
722 92 830 915 [50419] 364 132 814 418 67 554 945  
25 769 916 95 [58025] 32 132 814 418 67 554 945  
57305 600 634 73 [711] 34 91 [58027] 129 55 72 994 521  
26 694 82 914 [100] 50188 [100] 257 344 61 402 509  
678 727 809  
60026 346 380 543 796 900 [61006] 197 208 22 519  
67 746 855 [100] 988 [62053] 136 231 60 70 9 99 898  
[360] 354 [100] 37 55 [63009] 20 30 225 84 380 485 692  
704 802 62 962 [64175] 238 302 74 94 957 60000 376  
96 56 649 [66067] 182 214 96 326 46 479 518 772 847  
7096 96 [67133] 210 56 69 [100] 322 93 402 19  
851 72 933 [68030] 49 280 51 333 412 502 [69174] 203  
312 554 716 93  
70093 112 63 261 [100] 457 600 69 780 [71354] 443  
61 564 86 93 614 [72029] 251 325 442 505 29 647 57  
648 936 99 [73249] [100] 600 700 852 63 964 90 [74048]  
60 199 407 79 517 41 622 59 62 883 84 971 [75077] 74  
90 146 [100] 315 539 791 866 927 45 [76174] 309 309  
[100] 83 551 62 613 51 56 63 [100] 89 910 [77043] 59 68  
103 [100] 459 562 96 846 [78114] 78 335 62 454 551 635  
87 781 41 58 819 [79029] [100] 108 10 225 65 67 882  
80140 [100] 253 301 77 421 [100] 504 619 851  
917 [81189] 284 480 593 [100] 459 87 [80000] 561 65  
923 78 [89145] 286 832 [84041] 211 25 333 46 414 592 808  
65 745 875 87 943 [84041] 211 25 333 46 414 592 808  
43 79 [85029] 123 87 223 55 61 450 70 609 77 869 74  
96 806 71 804 56 594 895 893 67 8 [87026] 65 179  
965 [80065] 31 804 56 594 895 893 67 8 [87026] 65 179  
152 709 292 37 78 [89263] 73 344 407 564 616 19 30  
80013 151 58 535 695 735 835  
90042 87 106 78 [100] 83 256 57 329 432 675  
[100] 93 778 95 850 67 88 [8251] 71 666 97 716 32  
813 [92119] 39 256 356 491 549 636 40 41 806 97 943  
93114 15 337 474 509 [100] 52 61 616 889 957 [100] 94002  
50 120 27 277 800 [150] 593 603 54 781 988 63 63 98  
95072 94 108 20 271 306 90 559 67 651 766 77 889  
98218 [100] 14 25 48 441 89 730 892 [97080] 155 359 522  
677 725 87 996 [98049] 187 60 293 496 646 808 [99012]  
63 100 79 306 607 99 925  
100207 32 322 96 401 820 98 966 97 [101040] 157  
95 241 328 435 54 651 59 710 958 [102201] 385 406 522  
901 58 88 [103014] 311 470 512 87 97 661 752 87 854 66  
91 940 [104008] 18 28 56 240 [800] 445 901 7 31 [105079]  
98 156 99 284 65 347 500 621 39 789 804 [106042] 145

# Zentralverein der Bildhauer.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Sente Dienstag, abends präzis 8 1/2 Uhr, Annenstr. Nr. 16:  
**Versammlung.**  
1. Steinbildhauer-Abend. 2. Stellungnahme zur Witwen- und  
Arbeitslosen-Versicherung.  
Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)  
**Vertrauensmänner-Versammlungen:**  
Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr:  
Osten und Nordosten:  
im Lokale der Witwe Köhl, Strandsbergerstr. Nr. 3.  
Südosten:  
im Lokale des Herrn **Rautenberg**, Cranienstr. Nr. 180.  
Die Kollegen folgender Werkstätten sind eingeladen: Meister, Wankelstr.  
str. 54/55; Rütiner & Hanf, Stallschreiberstr. 21; Bormann,  
Wohnstr. 18 b.  
Westen und Südwesten:  
im Lokale des Herrn **Fritz Zobell**, Lindenstr. Nr. 106.  
Die Kollegen folgender Werkstätten sind eingeladen: Siebert & Witten-  
bach, Horkelstr. 11; Jänchen, Gneisenaustr. 1; Dufte & Runow,  
Hornstr. 11.  
Moabit: im Lokale Thurmstr. 12.  
Wedding und Gesundbrunnen:  
im Lokale des Herrn **Kaabe** (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.  
Die Mitglieder der Werkstatt-Kontrollkommission versammeln sich um  
7 Uhr vorn im Lokal.  
Rosenhaler und Schönhauser Vorstadt:  
im Lokale des Herrn **Wernau**, Schwedterstr. Nr. 23.  
Branchen-Versammlung der Drechsler  
am Mittwoch, den 7. Juli,  
im Lokale des Herrn **Diecke**, Ackerstr. 123.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **O. Tabert**. 2. Branchen-Angelegenheiten.  
3. Berichtendes.  
Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen des Nordens, zu erscheinen, ins-  
besondere der Modell- und Baudrechsler.

# Kommission der Biersternmacher

bei Dierke, Weinbergsweg 11a. [102/12]

# Arbeiter-Sänger-Bund

Achtung! Vereine!  
Die Ausgabe von Billets zum  
**Sängerfest in Bichelsdorf**  
am 8. August 1897  
findet, nach Vorzeigung der Vereins-Bundesmitgliedskarte, bei folgenden  
Vorhandenhabern statt:  
A. Hübner, Wilhelmstr. 134; O. Rasche, Reichsberger-  
str. 160 (Cigaretten-Geschäft); R. Meyer, Mariannenstr. 2  
(Blumen-Geschäft); A. Neumann, Brunnenstr. 150 (Restaurant).  
Der Vorstand.

# 1. Ziehung d. 1. Klasse 197. Nat. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 5. Juli 1897, Samstags.  
Für die Gewinne über 40 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.  
(Ohne Gewähr.)  
2 156 88 406 740 90 895 1182 87 317 50 405 89 521  
605 6 48 804 36 987 62 [2025] 190 [100] 48 390 408 98  
674 87 927 69 [2056] 290 778 89 [100] 65 210 29 425  
75 743 90 98 [100] 965 5062 107 74 295 327 63 438 58  
705 986 [100] 6037 240 50 73 330 445 518 50 754 731 87  
471 582 585 940 [800] 922 89 98 311 43 480  
883 [9125] 240 70 309 71 768 77 [100] 305 40 57  
10178 [150] 216 62 80 84 374 75 433 679 707 [150]  
19 11002 93 12134 438 77 675 734 903 [13167] 314 533  
81 925 92 [12134] 438 77 675 734 903 [13167] 314 533  
97 74 4408 576 652 837 79 [15024] 247 69 667 91 707  
17 58 58 [100] 10425 519 707 19 898 71 72 [17043]  
101 4 53 410 665 785 843 45 925 [8015] 192 272 79  
392 429 501 12 21 99 694 97 [19045] 220 429 760 884  
20067 316 427 915 62 85 [21107] 216 342 401 16 74  
62 620 35 96 [150] 708 19 42 [200] 815 36 81 969 22349  
448 [100] 95 [100] 518 644 85 719 34 [23040] 120 [100]  
509 323 66 606 [100] 68 676 [100] [24063] 160 308 582  
60 657 91 [200] 721 829 989 [100] [25118] 100 404 84  
635 994 [26140] 249 366 480 526 634 107 726 29 [100]  
827 88 975 88 [27058] 165 95 248 [100] 361 610 843 98  
978 [28039] 220 436 87 698 704 26 986 [29253] 491 577  
4 942 65  
30140 244 46 301 407 705 869 985 60 [31065] 226  
99 484 599 615 82 784 [3900] 864 911 79 98 [38047] 165  
228 792 50 81 902 933 [100] 62 [43007] 298 355 769  
24264 69 327 74 403 511 702 817 944 [35006] 174 211  
70 96 314 43 425 94 59 628 [100] 976 [48129] 300 270  
307 38 749 [325] 80 84 [27056] 4 233 34 71 517 54  
39044 [100] 1501 437 698 746 954 77 [41129] 234 447  
550 63 89 652 88 734 96 915 82 947 [42179] 233 419  
632 98 722 97 865 85 [43103] 165 762 671 [44123] [100]  
41 95 478 33 673 708 91 90 [45000] 10 162 205 289  
54 749 46010 [116] 88 961 628 893 [47144] 45 90 315  
68 436 70 522 77 641 73 828 48 80 [48180] 269 320 25  
625 57 70 727 810 6 983 25 [100] [49084] 89 130 296  
850 88 585 794 840 42  
50124 72 377 484 98 530 785 94 834 977 [51003]  
322 300 662 615 40 851 922 [52089] 294 53 855 772 [100]  
841 992 [5059] 159 68 422 856 [100] 66 [100] 946  
54022 461 541 [100] 630 718 997 [53195] 247 4 316 58  
406 58 573 628 75 700 87 824 906 67 78 96 [56148] 339  
99 472 95 873 80 8 17 46 [100] 98 923 [57081] 94 191  
316 425 76 790 894 [5904] 125 54 380 505 616 66  
737 [50154] 55 [100] 379 83 421 79 669 395  
60251 357 554 69 [100] 614 745 621 81 [150] 29 62044  
72 378 456 818 515 90 637 81 82 631 38 866 994 [63142]  
165 88 297 318 335 340 316 22 625 700 986 [64001] 14  
65 77 97 121 234 344 468 562 933 [65022] 25 102 17 66  
88 227 69 618 55 98 816 [66192] 209 205 322 420 34 85  
615 [67029] 32 225 577 710 72 94 829 34 [68048] 232 82  
88 90604 182 176 84 226 448 78 859 705 866 906  
70064 199 346 69 541 58 663 800 58 [71014] 190  
292 315 32 447 717 77 92 948 [72010] 318 81 482  
782 916 18 [73564] 532 79 780 901 2 [74101] 313 408 5  
75 784 920 88 [75003] 88 134 37 91 242 432 618 725 42  
79 811 38 78 98 [76171] 96 639 890 967 [77000] 403 71  
587 616 112 95 908 [79671] 126 99 400 651 [79077] 122  
328 334 615 30 78 888 964 37 49  
80031 218 15 330 62 607 62 905 810 8 168 392 588  
649 90 608 978 82079 115 207 328 84 98 83003 235  
502 4 456 76 808 84 642 81 98 98 84050 141 250  
67 695 729 51 82 901 [85028] 326 817 [86008] 186 253  
305 400 69 25 506 836 47 96 [87052] 119 38 210 93 258  
88 77 97 121 234 344 468 562 933 [88022] 25 102 17 66  
74 833 [89022] 133 522 6 4 89 721 869  
80109 22 242 54 [91029] [100] 155 223 28 220  
655 602 [90207] 12 153 88 99 232 97 371 469 630 46  
714 840 96 977 [91115] 282 96 673 652 504 99 [94088]  
106 40 47 56 594 608 [180] 678 10 69 892 922 04 90  
63 95083 571 948 919 25 [95103] 435 79 546 50 643  
964 82 [97008] 69 145 [200] 459 19 477 681 56 834  
90380 66 514 58 55 93 [100] 690 77 723 227 [9907] 369  
436 80 98 323 809  
100106 468 588 633 716 36 28 [101005] 204 54 684  
732 40 808 [102019] 60 139 374 602 725 40 [100] 72 826  
931 99 [103067] 143 270 486 630 70 765 [100] 392 70  
89 97 [104227] 90 [200] 479 90 667 971 [105001] 202 25  
238 423 65 629 741 807 77 [500] 90 91 [106040] 56 158  
253 99 821 65 415 819 54 679 88 806 32 99 68 [107238]  
849 442 586 90 [100] 761 844 933 [108121] 45 88 292 329  
310 47 49 833 78 166 970 82 97 [109114] 648 856 90 72 73  
[110023] 46 229 329 [200] 825 26 981 [111008]  
229 312 515 17 74 706 96 821 962 [114010] 78 415 601

# Zöpfer!

Heute, Dienstag, abends präz. 6 Uhr, in Nieff's Salon,  
Weberstrasse 17:  
**Große öffentliche Versammlung der Zöpfer**  
Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung: Bericht der Kommission über die stattgefundenen  
Berhandlungen mit dem Ausschuss des Verbandes.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erhebt das Erscheinen aller.  
103/20) Der Vertrauensmann.  
**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein**  
Nixdorf und Umgegend.  
Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den Viktoria-Sälen,  
Germannstr. 49-50: [263/6]  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Weyl** über: Jungen-  
heilfäden. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht der Kassierin. 4. Ber-  
richtendes.  
Der Vorstand. J. A. Frau Zeuge, Stettinfr. 60.

# Achtung! Chemigraphen. Achtung!

Donnerstag, den 8. Juli 1897, abends 8 1/2 Uhr:  
**Außerordentl. General-Versammlung**  
im Lokale des Herrn **Zubell**, Lindenstr. 106.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des ersten  
Vorstandes. 4. Berichtendes. Mitgliedsbuch legitimiert. [97/16]  
Um zahlreiches Besuch bittet Die Verwaltung.

# Gauverein Berliner Bildhauer.

Sonnabend, den 10. Juli, in der „Neuen Welt“, Gasenhalde:  
**Sommerfest.**  
Beginn des Konzerts um 4 Uhr. Auftreten der berühmtesten Spezialitäten.  
Zur Aufführung gelangt im Garten (nicht, wie auf den Plakaten an-  
gegeben, im Theateraal): Fahrmarkt in Udine, verbunden mit Schützenfest,  
um 9 Uhr auf der Garten-Platz: Tiroler Wirtshausgäste mit Gesang,  
Sänger-Konzert, Schubertlieder u. l. w., unter gütiger Mitwirkung des Damen-  
Chors Harmonie (M. d. A. S. B.).  
Billets à 25 Pf. sind bei den Kollegen **Trantvetter**, Kraufftr. 28;  
**Otto Meyer**, Engelstr. 2 B, zu haben.  
Das Komitee. J. A. Vanun.

# Achtung! Achtung!

**Gürtler und Bronceure!**  
Montag, den 12. Juli, in der „Neuen Welt“, Gasenhalde:  
**Sommerfest**  
Konzert und Spezialitäten-Vorstellung. **Gr. Riesen-  
Land** und Wasser-Fenerwerk. Um 5 1/2 Uhr: Zug der  
Kinder zum Riesen-Bonbonregen.  
Beim Dankemorden: **Gr. Fackel-Polonaise**, wozu jedes Kind über  
vier Jahre eine Stockfaterne gratis erhält. Solts- und Kinderbelustigungen  
aller Art, dazu drei Billets für Kinder 10 Pf. Von 6 Uhr ab: **BALE**.  
Entree 40 Pf., Vorverkauf 30 Pf. Kinder unter 14 Jahren in Bes-  
gleitung Erwachsener haben freien Eintritt.  
Um recht zahlreichem Besuch bittet Das Komitee.

# B. Günzel, Lothringerstr. 52.

Spezialität: Porträts  
(kopierender) Künstler,  
Vasallen, Wangen in Gips, Stein, Porzellan, Nadeln, Broden, Knöpfen, Hüften,  
Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisliste.)